

# anti-akw telegramm

arbeitskreis politische ökologie lutterothstrasse 33 2 hamburg 19 tel 040/402782 postsch.hmb. 2023 22-208

# 9

inhalt u.a.: drk auf anti-akw-demos,  
raumspernung in der esg-hamburg,  
berufsverbot jens scheer,  
bi pro-kernenergie, dgb-demo dortmund,  
katastrophenfall, einheitliches  
polizeigesetz, strompreisboykott,  
leistungsbescheide brokdorf-lager...

hamburg, den 17. november 1977



**Was ist kriminell?**

**Atomkraftwerke bauen  
oder sie verhindern?**

**Einstellung aller  
Straf- und Ermittlungsverfahren!**

**Angeklagt sind wenige -  
gemeint sind ALLE!**

**Setzen wir den Widerstand  
gegen AKW's verstärkt fort!**

**Sa., 19.11.  
Demo in Hameln  
14 Uhr Marktplatz**

**Di., 22.11.  
11.30 Uhr Jugend-  
schöffengericht  
Hameln**

## IN EIGENER SACHE

liebe freunde, die auflage des anti-akw-telegramms und die einlaufenden informationen haben an umfang beträchtlich zugenommen, deshalb schaffen wir es nicht mehr, das telegramm über wachsmatrizen zu vervielfältigen. das zeigte sich für die leser deutlich an der nr. 8. die qualität war z.B. so schlecht, daß verschiedenen artikel nicht zu lesen waren. unser technischer arbeitsaufwand -matrizen tippen, kein layout möglich, keine verkleinerungen möglich - abnudeln - legen - heften - stand in keinem vernünftigen verhältnis zum ergebnis. der ausschuß fehlerhaft gedruckter seiten war zu groß, und damit stiegen die unkosten. so haben wir uns entschieden, das telegramm im offset-verfahren herzustellen. es erscheint wegen der leichten abheftbarkeit weiterhin im din-a-4-format. als vorlagen benutzen wir ganzseitig, mit einzeiligem abstand getippte din-a-4-seiten, es wäre ganz gut, wenn ihr eure berichte selbst tippen könnt. ausführliche inhaltliche diskussionen zu bestimmten themen werden wir als sondertelegramm herausgeben, z.B. 1. bilanz und perspektiven zum widerstand gegen atomanlagen, -einschätzung der politischen situation, - wie kann man die strafprozesse zum bestande standteil unseres widerstandes machen, - wie den widerstand fortführen, 2. beteiligung an den wahlen - nutzen oder schaden für den widerstand gegen atomanlagen. aus kostengründen verkleinern wir die vorlagen und verwenden umweltpapier. das telegramm wird von uns zum selbstkostenpreis verkauft und verschickt. wir wollen nicht stellvertretend berichten, sondern berichte derjenigen bringen, die aktiv an den auseinandersetzungen beteiligt waren, um daraus für eigene auseinandersetzungen zu lernen. schickt uns bitte eure berichte und benachrichtigt uns so früh wie möglich über termine von veranstaltungen und aktionen, und schickt uns eure flugblätter, damit uns zeit zu diskussionen, nachfragen und vorbereitung bleibt, wenn ihr uns flugblätter in telegrammauflage zusendet, legen wir diese dazu. das anti-akw-telegramm ist zu erreichen über:

**BUU-Hamburg**  
**AK pol. Ökologie**  
Lutterothstr. 33  
2000 Hamburg 19  
Tel. 040-40 27 82  
Postsch. Hamb. 2023 22-208

falls ihr

geld auf unser konto einzahlt, bekommt ihr das telegramm solange zugeschickt, bis der betrag aufgebraucht ist (telegramm+porto). denkt bitte daran, deutlich zu schreiben, genau die adresse, an die das telegramm geschickt werden soll, anzugeben, und rechtzeitig das geld zu überweisen.

\* 2000 stück

## BERICHTE

### BUERGERINITIATIVEN

#### hamburg: bürgerinitiative pro kernenergie

am 14.11.77 fuhr ein pferdewagen durch die hamburgener innenstadt, um anlässlich des spd-bundesparteitages für den ausbau der atomenergie zu demonstrieren.

initiator: günter klock, nottkestr. 5, hbg 52, tel. 040/894921

gibt sich als vorsitzender der "bürgerinitiative für gesicherte energieversorgung (bge), hamburg".

in einem rundsreiben "bittet die laut eigener aussage kleine gruppe" alle hamburgener elektro-handels-und handwerksbetriebe um geld- und sachspenden. außerdem will sie als gemeinnütziger verein zugelassen werden.

#### Uentrop - Schmehausen

Anfang Oktober d. J. wurde von der VEW (Vereinigte Elektrizitätswerke) eine 2 km lange und 5 m hohe Mauer um das AKW-Gelände gezogen. Kosten: 10 Mio. DM.

(aus "Was wir wollen")

#### Wyhl

Noch in diesem Jahr soll die Firma "Willmann + Partner KG" einen Schutzzaun um das Gelände des AKW Wyhl bauen. Spätester Beginn soll der 15. 11. 77 sein. Der Betonzaun soll 4 km lang und 5 m hoch sein (Vorbild ist Biblis).

(aus "Was wir wollen")

#### brunsbüttel

am 10. und 17. oktober sind die anträge auf erteilung eines vorbescheides gemäß §9 bundes-immissionsschutzgesetz über errichtung und betrieb von anlagen der schelde-chemie und des bayer-werkes in brunsbüttel öffentlich bekanntgemacht worden. die antragsunterlagen liegen 2 monate zur einsichtnahme aus im gewerbeaufsichtsamt itzehoe (gr.paaschburg 66), beim bürgermeister von brunsbüttel und im amt wilstermarsch.

fristen: bayer-antrag 17.10.-16.12., schelde-antrag 24.10.-23.12. einwendungen nur innerhalb dieser fristen. erörterungstermine: für bayer am 12.1.78, für schelde-chemie am 19.1.78 jeweils um 10uhr grosse paaschburg 66, raum 701 (nicht öffentlich, nur einwender zugelassen!). folgende stoffe sollen hergestellt werden: 4-amino-diphenylamin, n-(1,3-dimethylbutyl)-n-phenyl-p-phenylen diamin und h-säure (dienen zur kunststoffherstellung). die bei den ersten sind stark krebsfördernd. weitere informationen werden eingeholt und im nächsten telegramm veröffentlicht.

#### zwischenlagerbecken-stade

in stade soll - unabhängig von den zur zeit öffentlich diskutierten zwei großen zwischenlagern für abgebrannte brennelemente - ein zwischenlager errichtet werden. es ist bereits in auftrag gegeben. bekannt ist noch nicht, ob das zwischenlager direkt auf dem akw-gelände stade oder in unmittelbarer nähe gebaut werden soll. dies ist für die betreiber wichtig, weil das lager, falls es nicht auf dem gelände gebaut wird, wahrscheinlich nicht durch öffentliche genehmigungsverfahren laufen muß (§6, §7 atomgesetz)

#### Philippsburg

Am 18. 9. 77 fand in Philippsburg eine Demonstration mit 1.200 Teilnehmern statt. Die Demo war von 12 BIs um Philippsburg organisiert und die beantragte Route 3 Tage vorher vom Landratsamt Karlsruhe verboten worden. Begründungen: Kommunistische Gruppen waren an Vorbereitung beteiligt; kein Platz; Anlagen seien in Gefahr. Während der Demo waren 55 Hundertschaften zusammengezogen und der Platz war zur Festung ausgebaut worden.

#### Kurzmeldung

der hamburgener senat erwägt zur zeit, für die anmeldung eines info-tisches eine gebühr von jeweils 10,-DM zu erheben. begründung: die anträge für info-tische würden sich zur zeit derartig häufen (steigerungsraten von z.t. über 500%), daß der zusätzliche arbeitsaufwand der behörden (ein antrag durchläuft rund 7 stellen v. tiefbauamt über polizei bis zum verfassungsschutz) durch eine "angemessene gebühr" beglichen werden sollte. (die spinnen, die bürokraten...) BI Rahlstedt/Meiendorf

### Was tun im Katastrophenfall?

Am 27. 8. 77 wandten sich 2.673 Ärzte aus dem Freiburger Raum mit einer Zeitungsanzeige an die Öffentlichkeit. In einer "Ärztlichen Stellungnahme zum KKW Fessenheim" schreiben sie zur Inbetriebnahme des 20 km von Freiburg entfernten, auf französischer Seite gelegenen Atomkraftwerks: "Wir sehen uns im Fall eines kerntechnischen Unfalls außerstande, unserer ärztlichen Verpflichtung auf Hilfeleistung nachzukommen. Wir erhielten bisher keinerlei Richtlinien für Hilfsmöglichkeiten im Katastrophenfall." Nachdem sie eine Reihe von für den Katastrophenfall im KKW unbedingt notwendigen Vorsorgeeinrichtungen und Maßnahmen für Ärzte und Krankenhäuser aufzählen, schreiben sie weiter: "Auch bei bestmöglicher Durchführung aller erwähnten Maßnahmen erscheint im Katastrophenfall eine wirksame Hilfe äußerst zweifelhaft... Die durch das KKW Fessenheim aufgeworfenen Probleme weisen erneut auf die dringliche moralische Frage hin, ob die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen schwerwiegende gesundheitliche Gefährdung der jetzigen und aller kommenden Generationen (Atommüll) rechtfertigt. Wir meinen NEIN!"

Eine ähnliche Erklärung veröffentlichten kürzlich 670 Lehrer aus dem südbadischen Raum in der 'Badischen Zeitung' vom 15. 10. 77. Auch in Schulen sei kein ausreichender Schutz vor radioaktiver Verseuchung im Katastrophenfall gewährleistet.

Diese eigenständigen Initiativen von Ärzten und Lehrern, die in Baden sehr großes Aufsehen erregten, haben den dortigen Bürgerinitiativen einen sehr großen Dienst erwiesen. Das Beispiel sollte Schule machen.

Weitere Informationen und Kontakt: Arbeitskreis-Umwelt  
Jacob-Kaiser-Str. 20  
4800 Bielefeld 1

--

### Malville

Am 26. September 1977 wurden die letzten drei Gefangenen, die im Zusammenhang der großen Demonstration in Malville verurteilt worden waren, aus dem Gefängnis entlassen. Die zwei deutschen AKW-Gegner wurden sofort in die BRD abgeschoben mit totalem Wiedereinreiseverbot.

Vor der Entlassung fanden einige Protestaktionen gegen die Gefangennahme statt:

- ein Brandanschlag auf das Büro der 'Regie Electrique' der Stadt Grenoble.
- riesige Parolen auf den Gefängnismauern: "les profits pour les patrons, pour nous c'est la répression" und "nucléaire non! non!"
- Transparente an Luftballons vor den Gefängnismauern während des Hofgangs der Gefangenen.

(aus "Was wir wollen")

--

### Malville

Auf der "Brüter"-Baustelle arbeiten meist ausländische Arbeiter aus Spanien, Portugal und Algerien. Die schlechten Arbeitsbedingungen hatten schon im Februar d. J. zum Streik geführt. Danach wurde ein Stillhalteabkommen bis Juli d. J. zwischen Gewerkschaften und Unternehmern geschlossen. Die Unternehmen nahmen nicht die vereinbarten neuen Verhandlungen mit den Gewerkschaften auf.

Ab Oktober streiken die Arbeiter des Subunternehmers Bongoroffen. Ihre Forderungen: 10% Lohnerhöhung, Prämienhöhung, Transport mit Bussen, gesetzlich verankerte Freistunden für Gewerkschaftsinfo. Die Unternehmen antworteten mit Strafanzeigen und Ausweisungsforderungen. Die Arbeiter haben angekündigt, unter allen Umständen ihre Forderungen aufrechtzuerhalten.

(aus "Was wir wollen")

### Berlin

Die "Initiative gegen das 'Einheitliche Polizeigesetz'", Berlin (Kontaktadresse: Clemens Rothkegel, Ehrenbergstr. 31, 1000 Berlin 33), schickten uns unter dem 31. 10. d. J. folgenden Rundbrief, den wir - aus Platzgründen auszugsweise - abdrucken.

"Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde! Wie Sie sicherlich auch aus Presse, Rundfunk und Fernsehen erfahren haben, wollen die Länderinnenminister auf ihrer Sitzung am 25. 11. 77 den Musterentwurf für ein "Einheitliches Polizeigesetz" endgültig verabschieden. Der derzeitige Vors. der Länderinnenministerkonferenz, der Innenminister von NRW, Burkhardt Hirsch (FDP), dazu: "So eine Chance wie jetzt kommt in den ganzen nächsten Jahren nicht wieder!"

In mehreren westdeutschen Städten (wie z. B. Bochum, Essen, Mannheim, Biedighelm b. Stuttgart, Hamburg, Hannover u. a.) arbeiten bereits Initiativen und Gruppen gegen das geplante "Einheitliche Polizeigesetz", den Todesschuß und Polizeiübergriffe. So waren zur Podiumsdiskussion unserer Initiative am 28. 9. 77 zum Verbot der Chemischen Keule Vertreter mehrerer Gruppen aus Westdeutschland gekommen, die ein Interesse an engerer Zusammenarbeit zum Ausdruck brachten. Wir begrüßen es darum, daß in den nächsten Wochen in mehreren westdeutschen Städten (Mainz, Bochum, Warendorf) Podiumsdiskussionen zum "Einheitlichen Polizeigesetz" und ähnlichen Fragen stattfinden werden.

Ausgehend vom Wunsch nach engerer Zusammenarbeit und die aktuelle Situation und Planung der Regierung vor Augen, beschloß das Plenum der Westberliner Initiative, unverzüglich alle Schritte einzuleiten für eine engere Zusammenarbeit. Für Westberlin beschlossen wir, eine Aktionswoche vom 21. - 26. 11. durchzuführen, um eine breite Öffentlichkeit auf den drohenden Polizeistaat, der durch das "Einheitliche Polizeigesetz" eine gesetzliche Grundlage finden soll, aufmerksam zu machen. Die ersten Schritte zur Durchführung dieser Aktionswoche sind bereits erfolgt: Am Samstag, dem 29. 10., trafen sich Vertreter von 14 Gruppen und Bürgerinitiativen auf Einladung der Initiative. Die Initiative würde es außerordentlich begrüßen, wenn zur gleichen Zeit in Westdeutschland ähnliche Aktivitäten gegen den drohenden Polizeistaat entfaltet werden könnten, um gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD und Westberlin wirksam zu protestieren.

Wir schlagen deshalb ein kurzes Treffen von Delegierten und Vertretern der Bürgerinitiativen, Gruppen u. Organisationen vor, um gemeinsame Absprachen u. Koordinationen der verschiedenen Aktivitäten zu diskutieren.

Termin: So., 13. 11. 77, 10.30 Uhr. Ort: PH-Dortmund (der genaue Raum wird am Eingang Emilfiggestr. angeschlagen).

### hungerstreik:

hartmut gründler, bensberg, hat am 5.11.77 einen hungerstreik gegen das atomenergieprogramm der bundesregierung begonnen. er führt schon seit etlichen jahren den kampf gegen das atomprogramm. gründe: 1.) um auf einen notstand hinzuweisen, der widerstand nach art.20 grundgesetz erfordert - seit spätestens dem sep.71 schon; 2.) um einen hauptverantwortlichen zur rede zu stellen; 3.) um für eine demokratische kontrolle über die regierenden einzutreten;

- 4.) um das ergebnis eines experimentes mit der wahrheit dokumentarisch genau zu erhärten;
- 5.) um ein ende mit der entehrung durch phrase und lüge zu machen;
- 6.) um einen hauptverantwortlichen der atomaren lüge gelegenheit für die wende zur wahrheit zu geben;
- 7.) um den anschauungsunterricht durch eine jähe atomare katastrophe womöglich noch zu vorzukommen.

### Gerstheim

Französische und deutsche Umweltschützer gaben den seit Januar 1976 besetzten Platz in Gerstheim auf, auf dem ein AKW geplant ist, nachdem die französische Elektrizitätsgesellschaft EDF den über 80 Meter hohen Mast demontiert hat, der zur Wetterbeobachtung diente.

(aus "Was wir wollen")

### noch zur kalkar-demo vom 24.9.77

die in zeeven ( bei sittensen ) beschlagnahmten sachen sind jetzt in hamburg 13, bundesstr.45 ( alte kaserne ) abzuholen. es liegen dort noch eine menge sachen ( helme, schilder, transparentstangen, usw. ). anmeldung telefonisch unter folg.nr. 5115091 app.5213 oder 5343. vergeßt nicht eure beschlagnahmebescheinigung. die in der raststätte münsterland sichergestellten sachen kann man über folgende adresse wiederbekommen, vorausgesetzt, ihr schickt eure sicherstellungsbescheinigung dorthin. ermittlungsausschuß des aku-münster jens ranner, hornstr.30 4400 münster, tel. 0251/56669. von dort gelangen dann die hamburgener sachen in das kb-büro in der schlüterstr.4 tel. 4105673.

### das einsehen des sicherheitsberichts für die waa gorleben in hannover

der sicherheitsbericht lag im niedersächsischen sozialministerium in hannover aus. als ich mich beim pförtner meldete, wurde ich von ihm an einen eigens dafür bereitgestellten polizisten mit funkgerät "weitergereicht". dieser legte mir ein papier zur unterschrift vor, auf dem ich namen, adresse und personalausweis-nummer angeben mußte und zur kenntnis nehmen mußte, daß es sich um eine vorläufige auslegung handelt, daß der bericht nicht vollständig ist und daß die einsichtnahme nicht zu einsprüchen gegen die waa berechtigt, sondern erst die offizielle auslegung im rahmen des einwendungsverfahrens erfolgt usw. die personalien wurden von dem polizisten überprüft. danach wurden wir (4 leute) von einem anderen herrn abgeholt und in das zimmer gebracht, wo der bericht auslag. kopieren, fotografieren und das wörtliche abschreiben ganzer passagen war untersagt. nach ca. 1 stunde (11 uhr) kam ein fünfter leser dazu, wenig später kam jemand rein und fragte, ob denn jemand, der sich nicht ausweisen kann, hereingelassen werden darf. das war nicht gestattet und er fragte auch gleich, ob noch zwei leute reindürften, da er gehört hätte, daß max. 5 personen zugelassen sind. das konnte der anwesende aufsichtsbeamte nicht beantworten und fragte bei drei vorgesetzten nach, bis der dritte ihm sagte, daß es nicht erlaubt ist, mehr als fünf leute einsehen zu lassen. die leute wurden weggeschickt. der sicherheitsbericht selbst zeichnet sich vor allem durch umfang aus. aufeinandergelegt ergeben die ordner einen stapel von ca. 70 cm höhe. der inhalt besteht hauptsächlich aus äußerst langatmigen schilderungen schilderungen der gebäude und der 'konventionellen' arbeitsvorgänge. wo es um die heiklen atomtechnischen fragen wie kryptonzurückhaltung, jodzurückhaltung und verglasung und endlagerung des hochaktiven mülls handelt, findet man entweder die lapi-

dare aussage, die probleme seien gelöst, oder nur sehr oberflächliche angaben über das verfahren ohne daß die schwierigkeiten benannt werden.

der tüv scheint ähnlicher meinung zu sein, denn wir haben informationen, wonach der tüv den sicherheitsbericht ebenfalls als ungenügend zurückgewiesen hat.

punkt 13.00 uhr war feierabend und wir wurden hinausgebeten.

### Bericht BI-Eimsbüttel-Hoheluft

in den letzten wochen waren unsere bi-sitzungen so ziemlich beschissen. zwar wurde wochenlang immer die notwendigkeit des praktischen handelns betont, aber niemand sah sich in der lage, vorschläge für den weiteren praktischen kampf gegen akw's zu machen. nach der total in die büx gegangenen sitzung von vor 2 wochen, setzten sich einige leute aus unserer bi zusammen und erarbeiteten einen aktionsvorschlag für unser weiteres handeln.

auf der letzten sitzung kamen wir zu folgenden beschlüssen:

1. am 27.11. soll eine veranstaltung zu den grohnde-prozessen stattfinden. vorher wollen wir eine protest-fackeldemonstration gegen die kriminalisierung organisieren.
2. ca.4 wochen später soll eine veranstaltung unter dem thema "der kampf gegen das atomprogramm und die reaktion von akw-betreibern und staat (brokdorf-prozess, waa, kriminalisierung, k-gruppenverbot etc.)"
3. ausarbeitung eines theaterstücks zur frage der kriminalisierung.
4. vorbereitung einer ausstellung zum bisherigen kampf gegen akw's ende januar.

weiterhin sind wir daran gegangen kneipenagitationstrupps ca. 3 frau/mann zu organisieren. wir wollen außerdem eine dokumentation in arbeit nehmen, wo wir auf grundlage der parteitagsbeschlüsse die stellung der bürgerlichen parteien zum atomprogramm auseinandernehmen wollen.

so, dies haben wir erst mal beschlossen. nächste woche wollen wir noch weitere dinge beraten. in dieser diskussion sind wir zu der auffassung gelangt, daß wir diese ganzen sachen nicht alleine machen wollen. wir werden deshalb in alle eimsbüttler bi's gehen, um zu einem gemeinsamen handeln zu kommen.

TREFF: buu-eimsbüttel-hoheluft, studentenwohnheim unnastr. dienstag 19.30 im keller

### Schikanen der Polizei am Infostand (BUU-Rahlstedt/Meiendorf, 5.11.)

unser Infostand am 5.11. wurde nun erstmals von den bullen kontrolliert. die sache spielte sich ungefähr wie folgt ab: kaum hatten wir den stand aufgebaut, erschienen 2 bullen und forderten die genehmigung. merklich "enttäuscht", daß diese in korrekter form vorlag, suchten sie nach anderen gründen für ein einschreiten. wir dürften keine sachen am stand verkaufen. wir machten klar, daß wir das auch nicht tun, sondern das material gegen spenden verrechnen. (längere diskussion), notierung der personalien eines gruppenmitglieds usw. schließlich beanstandeten sie ein plakats (auf dem brokdorfpollies im einsatz abgebildet waren), zogen aber zunächst ab. eine halbe stunden später: 3 bullen halten in der nähe, 2 (andere) bullen kommen zum stand, der eine stellt sich als chef der "zentrale ost" (?) vor, fragt, ob er sich das plakats ansehen dürfe. er durfte. nach einigem gemauschel und funkrücksprachen mit wer weiß wem zogen die bullen dann endgültig ab. wir meinen, daß auch derartige "kleine" schikanen nicht unter den tisch fallen dürfen. wir bitten alle anti-akw-gruppen, die ähnliches erlebt haben, kurze berichte zu schreiben und diese an den ermittlungsausschuß oder aber an unsere gruppe zu schicken. sollten sich solche vorfälle häufen, werden uns die berichte helfen, die lage richtig einzuschätzen und uns dagegen zu wehren.

DGB

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Kreis Frankfurt a. M.

DGB Kreis Frankfurt a. M., 8 Frankfurt a. M., Wilhelm-Lauscher-Str. 0077

An die  
IG's und Gewerkschaften  
im DGB-Kreis Frankfurt/M.

Eingang

11. AUG. 1977

Ablage:

Fernspruch: 22 00 81 - 08

Bankverbindung:  
Giro für Geschäftskonten AG  
Frankfurt/M. Konto-Nr. 10020200  
Postfachkonto Frankfurt/M. 40340

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

0000 Frankfurt a. M., Wilhelm-Lauscher-Str. 0077

Büh/B

Bürgerinitiativen

sz/kr

10. August 1977

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Der DGB-Landesbezirk Hessen führt im Moment eine Erhebung zu oben angegebenen Betreff durch. Hiermit bitten wir Euch, uns Informationen zu folgenden Fragen zukommen zu lassen:

1. Welche Wirkung hatten bisher Bürgerinitiativen in Eurem Bereich?
2. Welche Mittel und Taktiken haben die Bürgerinitiativen dabei verwendet?
3. Gibt es Kontakte oder Differenzen von Euch (Betrieben, Betriebsräten) zu Bürgerinitiativen?
4. Sind politische Hintergründe oder Verbindungen, Beziehungen, Bündnisse bekannt?
5. Gibt es Anschriften von Personen oder Büros solcher Initiativen?
6. Beteiligen sich Gewerkschaftsmitglieder an diesen Initiativen, wenn ja in welchem Umfang?

Wir bitten um Beantwortung dieser Fragen, möglichst bis zum 15.9.77. Über die Auswertung werden wir Euch informieren.

Mit freundlichen Grüßen  
DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND  
- Kreis Frankfurt am Main -

H. Schwarz

alternativ-energie gerd heubel tel.457374

altona peter dickel hh 50 eifflerstr. 22 tel.454397  
treff: mi 19.30 "blaue blume" harkortstr.

altona-ottensen louis hh 50 arnoldstr. 23 tel.397521  
treff: so 19.00 "motte" ecke eulenstr./rothestr.

arbeitskreis gegen akw harburg peter tel.7654099  
treff: fr 19.00 johanniskirche bremerstr.15

bergedorf shorts tel.7214744  
treff: mo 19.00 hh 80 easy

blankenese-osdorf evelyn dunkrack hh 55 immenbusch 70  
treff: mi 19.30 gemeindehaus osdorf am osdorfer born 3b

bi lüchow-dannenberg wolf röttig tel. priv.564166 laden 4398087

bramfeld-ost j.roß hh 76 eilmann 81 tel.2005242  
treff: mi 19.00 "wappen von hamburg" steilshoperallee

eimsbüttel-hoheluft andreas tel.4911542  
treff: di 19.30 studentenwohnheim unnastr.9

eimsbüttel-methfessel ch. schatz hh6 schulterblatt 12 tel.4300824  
treff: mo 19.30 kutscherkrug lappenbergsallee/methfesselstr.

eimsbüttel-osterstr. j.paul hh 6 schäferkampsallee 45 tel.410841

eppendorf walter knolle tel.484231 treff: mi 19.45  
neues grenzhaus geschwisterscholl-str./süderfeldstr.

eppendorferweg/osterstr. woelling hohe weide 5 tel.402363  
treff: mo 20.00 schulterblatt 12

ermittlungsausschuß ökologieladen hh 19 lutterrothstr.33  
tel.402782 treff: so 19.30 "blaue blume" harkortstr.

fachbereich medizin t.cramer hh 54 schillingsbekkanal tel.5604174/  
i.möller kragenkamp 9 treff im semester: fr 18.00 brauerhaus/uke

gewerkschaftsinitiative jörg schierenbeck hh 6 neuer kamp 1  
tel.433624 treff: mi 19.00 gesellschaftshaus kleiner schäferkamp

hansa-kolleg detlef tel.5360944 treff: do 19.00

info-gruppe barmbek matias tel.2791185 treff: mo 20.00

innenstadt-neustadt henning hh 36 st.anscharplatz 4 tel.343426  
treff: fr 19.00 im laden brüderstr. 14 tel.340458

kirchliche mitarbeiter/gewaltfreie aktion  
treff: mi 19.00 rauhes haus horner weg 166

kkw-contra gerda bohme 2081 bönnigstedt heimatweg 7 tel.5566481

langenhorn michael rendsburgerstr.9 tel.3194721  
treff: mi 19.30 studentenwohnheim kiwittsmoor 39

mundsburg michael haller hh 76 lerchenfeld 2 tel.2281458

norderstedt jürgen 2369 ulzburg-süd meisenweg 12 tel.04193/6270  
treff: mi 20.00 schalom u-garstedt

prozessgruppe gegen akw ökologieladen hh 19 lutterrothstr.33  
tel.402782

## KONTAKTE BUU - HAMBURG

### liste von stadtteilgruppen der buu-hamburg

freier zusammenschluß autonomer und gleichberechtigter gruppen

ak politische ökologie, ökologieladen hh 19 lutterrothstr. 33  
tel. 402782

anti-akw-gruppe esg klaus leseemann hh 54 pflugacker 38  
tel.577449 treff: mi 19.00 esg

alt-eimsbüttel wofgang nicolai hh 19 eichenstr. 48  
tel.407342

rahlstedt-meiendorf sandra hh 73 gerstenkoppel 6e tel.6780725  
treff: mi 19.00 gerstenkoppel 6e

rissen c.schunemann hh 55 wittsallee 13

rotherbaum leanne tel.452949  
treff: di 20.00 kinderladen rutschbahn 8

sanigruppe ökologieladen hh 19 lütterrothstr. 33 tel.402782  
treff: mo 20.00 brauerhaus/uke

schülergruppe oldenfelde tobias tel.6781886

schulterblatt erich tel.418553/wiecke köster hh 19 bellealliance-  
str. 52 tel.432756 treff: mi 19.00 bierhaus schulterblatt

st.georg bernd löwe/jörg hh 1 böckmannstr.55 tel.247690  
treff: mo 19.00 gustav-radbruch-haus/borgfelderstr.16  
zentraler büchertisch!

st.pauli petra hh 4 budapesterstr. 51 tel.434654  
treff: mo 19.00 "ratsherren-stuben" wohlwillstr./paulinenplatz

schnelsen irene witte hh 61 vielohweg 54 5502574

walddörfer tel. 6048200/6049952  
treff: mo 19.00 begegnungstätte bergstedter kirchenstr.

wandsbek-jo tel. 2004450 treff: mi 19.30 grunewaldstr. 28

steilshoop thies gleiss 6316062 (keine bi, einzelperson, die  
unterrichtet werden möchte!)

wandsbeker aufbaugruppe (provisorium, ex.-wandsbek-hamm, u. predöhl,  
hh 70, walddörferstr. 127, tel. 6957633

winterhude wolf lüders tel.2290742  
treff: mo 19.00 preystuben gertigstr.

# PROZESSE

## Entwendung des Katastrophenplans des AKW' Fessenheim

Ein Mitglied der Gewaltfreien Aktionen Freiburg wurde wegen der Entwendung des Katastrophenplans für das AKW Fessenheim als Zeuge vernommen. "Zur Erzwingung des Zeugnisses" wurde gegen ihn ein Ordnungsgeld vom DM 400,-, ersatzweise 16 Tage Haft, festgesetzt. Diese Summe kann bei Weigerung der Zeugenaussage erhöht werden. Bis jetzt hat er sich geweigert, dieses Geld zu bezahlen.

Kontakt: Gewaltfreie Aktion Freiburg, c/o E. Hermann, Schillerstr. 10, 7800 Freiburg/Breisgau, Tel.: 0761/77953.

## brokdorf

vor dem prozeß, um den baustop stellte der ak brokdorf genehmigte stell-schilder auf, um die öffentlichkeit auf den prozeß in schleswig aufmerk-sam zu machen. die schilder wurden mit draht an straßenlaternen befestigt. eines morgens wurden polizisten beobachtet, wie sie die schilder entfern-ten. der ak brokdorf hat strafanzeige gegen die polizisten gestellt.

der folgende artikel ist ein aufsatz des bielefelder richters helmut ostermeier  
die rechtslage beim bau von kernkraftwerken

der kampf gegen die kernkraftwerke (kkw) internationalisiert sich. gleich-wohl ist ein blick auf die nationale rechtslage erforderlich. sie ist nicht nur für laufende verfahren wichtig, sondern ihre klare erkenntnis bestimmt das rechts- und unrechtsbewußtsein aller beteiligten auch bei zukünftigen aktionen. daß der staat, nachdem er eingegriffen hat, wie selbstverständlich das recht für sich beansprucht, kann kein präjudiz sein, denn spätestens seit dem naziregime wissen wir endgültig, daß auch der staat im unrecht sein kann. zwar wird kein staat das jemals zugeben, im gegenteil, je mehr er sich dem unrecht nähert, umso lauter und auf-dringlicher wird er sich rechtsstaat nennen. aber selbst das lauteste ge-schrei um den rechtsstaat kann eine prüfung der rechtsgrundlagen nicht ersetzen.

## der tatbestand

ich zähle nur diejenigen folgen des kkw-baus auf, die unbestritten oder unbestreitbar sind. jedes kkw ist ein nicht rückgängig zu machender ein-griff in die landschaft. das kkw hat eine lebensdauer von einigen jahr-zehnten. danach bleibt es als radioaktive ruine stehen, die nicht abge-brochen werden kann und scharf bewacht werden muß. in niedereichbach be-sitzen wir bereits eine solche ruine.

die wiederaufbereitung (wa) verbrauchter brennstoffe ist technisch noch nicht gelöst. die anlage in la hague in der normandie hat noch nie über längere zeit störungsfrei gearbeitet, ihre kapazität reicht für die in frankreich und deutschland geplanten anlagen nicht aus. bei der wa fällt in größeren mengen plutonium an, aus dem atombomben gebaut werden können.

im falle eines schweren unfalls muß mit dem unbewohnbarwerden ganzer landstriche durch atomare verseuchung - beispiel die katastrophe von tscheljabinsk in sibirien 1957, bei der abgelagerter atommüll explodierte - und dem tod von zehntausenden von menschen gerechnet werden.

für die großen mengen radioaktiven abfalls, die auch bei störungsfreiem betrieb anfallen, ist das lagerungsproblem ungelöst. dieser abfall be-hält - wie die ruinen - seine strahlungskraft über tausende von jahren. die erdbebensicherheit der salzstöcke ist nicht nachgewiesen. auch hier ist scharfe bewachung erforderlich  
scharf bewacht werden müssen schließlich alle transporte von brenn- und abfallstoffen, die weite entfernungen zu überbrücken haben - beispiels-weise nach la hague und zurück. auch bei transporten ist mit unfällen zu rechnen.

## die rechtsgrundlagen

eingriffe also in die natürliche landschaft, gefährdung des lebens von zehntausenden und die bewohnbarkeit von landstrichen - und das in dem dicht.besiedelten mitteleuropa! belastung ungeborener menschengeschlechter mit strahlenden ruinen und abfällen - man stelle sich vor, die ägypti-schen pyramiden seien radioaktiv (was würden wir von den ägyptern sagen, wenn sie damit eine "energielücke" von 30 jahren hätten schließen wol-len?) - start ins blaue ungesicherte wa-verfahren und hohe transportrisi-ken: wo finden sich die rechtsgrundlagen für solche schweren und irrepa-rabelen eingriffe?

es werden zwei rechtspositionen angeführt, die sich ergänzen: das eigen-tum und die öffentlich-rechtliche genehmigung (örg). das eigentum ist ein anerkanntes recht, nach dem bürgerlichen recht ist es frei, nach dem grundgesetz (gg) ist es sozial gebunden: es verpflichtet und sein ge-brauch soll zugleich dem wohl der allgemeinheit dienen (art. 14 ab. 2 gg). sobald das allgemeinwohl nicht mehr als floskel, sondern ernst genommen wird, kann es keinem zweifel unterliegen, daß die nutzung eines grund-stücks zur errichtung von kkw und wa-anlagen (waa) nicht zulässig ist: sie verstößt gegen die sollvorschrift der verfassung, denn eine schwerere

gefährdung des allgemeinen wohls ist kaum denkbar. enteignungen sind (art. 14 abs. 3 gg) nur zum wohl der allgemeinheit zulässig: grundstücke dürfen also nicht im einseitigen interesse der elektrokonzerne für kkw oder waa enteignet werden.

die örg ergänzt die aus dem eigentum abgeleitete nutzungsbefugnis. sie ist als staatliche kontrolle des eigentums aufzufassen, sie bescheinigt die unbedenklichkeit der genehmigten nutzung. sie hat ihre rechtsgrundlage im atomgesetz. dieses überträgt sie der exekutive, sie kann durch einen einfachen verwaltungsakt genehmigen. dagegen haben bereits die oberverwaltungsrichter von münster bedenken angemeldet. sie meinen, daß so folgen-schwere eingriffe, die für generationen unablösbare hypotheke schaffen, dem gesetzgeber vorbehalten sein müssen, damit politische gesichtspunkte politisch erörtert werden. dies ist ein gewichtiger vorstoß, allerdings scheint er nicht auszureichen. die herkömmliche unterscheidung von gesetzgebung und verwaltung versagt vor den neuen phänomenen. als einzelmaßnahmen sind genehmigungen nach den traditionellen schema eher der verwaltung als der gesetzgebung anzurechnen.

auch ist bei der heutigen parlamentarischen praxis die politische diskussion nicht einmal im parlament gewährleistet. die frage geht also nicht dahin, ist die exekutive sondern ist das staatliche system überhaupt zu den eingriffen berechtigt? zur beantwortung dieser frage bietet das gg so gut wie keine hilfen an. die gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige ordnung gebunden (art. 20 abs. 3 gg). daraus ein direktes verbot von kkw und waa herzuleiten, fällt schwer. zwar kann man argumentieren, daß mit der lebenssicherheit zugleich die verfassungsmäßige ordnung bedroht wird, aber das ist kein faktum, das an sich damit gemeint ist. der parlamentarische rat hat diese frage nicht vorhersehen können, daß gg nimmt deshalb nicht dazu stellung. wenn es das täte, wäre allerdings nicht zweifelhaft, wie es sich entscheiden würde.

wir müssen also noch weiter zurückgreifen als auf die verfassung. jeder mensch hat das recht auf selbstmord. also hat es auch die gesellschaft? ich glaube, hier wird klar, daß es nicht-normierte grenzen der staatlichen gewalt gibt. selbstmord ist ein persönlicher entschluss, die staatliche gewalt handelt aber stellvertretend. selbstmord durch dritte ist mord. wenn die kkw nur diejenigen gefährden würden, die die genehmigungen beantragen oder aussprechen, so wäre dagegen nichts einzuwenden - sie würden im rahmen ihrer menschlichen selbstbestimmung handeln. da die leidtragenden aber andere sind, handelt es sich um verletzung dritter. dafür gibt es keine rechtfertigung, und die staatliche gewalt kann sie sich auch nicht selbst ausstellen. hinzu kommt die gefährdung der ungeborenen generation. die erhaltung der lebensgrundlage für sie ist nur deshalb nirgends zur rechtlichen pflicht erklärt, weil die zerstörung eine erst seit kurzem reale aussicht ist.

#### die gegenrechte

gegenrechte gegen den kkw-bau können sich ihrerseits aus dem eigentum ergeben. die eigentümer benachbarter und gefährdeter grundstücke haben nach den nachbarrechtlichen regelungen unterlassungsansprüche gegen unzulässige immisionen. dieser rechtsbehelf ist auf seine wirksamkeit zu prüfen. will man rechtspolitisch oder moralisch argumentieren, so läßt sich das oft unstrittene recht auf heimat denken. es meint wohl auch recht auf erhaltung der heimat in ihrer lebenswerten gestalt. positives gegenrecht ergibt sich aus den grundrechten des gg. allen voran bietet das recht auf leben und körperliche unversehrtheit (art. 2 abs. 2 gg) nicht nur unkalkulierbare, sondern auch kalkulierte risiken. ein risiko für leben und unversehrtheit unbeteiligter darf nicht einkalkuliert werden, es muß ausgeschlossen sein. alles andere ist verfassungswidrig. das hat das verwaltungsgericht in freiburg erfreulich deutlich ausgesprochen. kalkulierte gefahren werden irgendwann wirklich, meistens schneller als kalkuliert, denn alles, was schief gehen kann, geht einmal schief, und auch die jumbo-jets von teneriffa hätten nach der statistik erst in 30 000 jahren zusammenstoßen dürfen und nicht schon am 27. märz 1977.

#### die widerstandsrechte

wenn die kkw-bauer oder ihre staatlichen genehmiger und handlanger ihre befugnisse überschreiten, indem sie ihr eigentum über das allgemeinwohl stellen lebensgrundlagen gefährden und belasten und vordringende unfälle einkalkulieren, handeln sie rechtswidrig. gegen rechtswidriges handeln gibt es außer rechtsbehelfen auch selbsthilfrechte.

an erster stelle steht das notwehrrecht. es erlaubt diejenige verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen angriff von sich oder einem anderen abzuwenden (§ 32 strafgesetzbuch (stgb)). wenn der bau von kkw und waa anders nicht verhindert werden kann, ist also notwehr zulässig, vorausgesetzt, man sieht schon den bau als gegenwärtigen angriff an. das wird bestritten werden, weil bau und betrieb mit anfall von atommüll und - möglicher - katastrophe zeitlich auseinander fallen. es handelt sich aber wohl um eine zeitlich zwar ausgedehnte aber einheitliche handlung. der bau ist notwendiger bestandteil der rechtswidrigen gefährdungshandlung, ebenso das ziehen einer pistole der des schießens. dabei braucht der schuß nicht abgewartet zu werden, weil die verteidigung dann zu spät kommt.

selbst wenn der angriff nicht rechtswidrig ist, sind bei einer gegenwärtigen gefahr für leib, leben oder eigentum abwehrhandlungen nicht rechtswidrig, wenn die gefahr nicht anders abgewehrt werden kann und das gefährdete rechtsgut - also das leben der bevölkerung - das durch die abwehrhandlung beeinträchtigte eigentum, also das am kkw, wesentlich überwiegt (§ 34 stgb). auch dieses gesetz paßt.

wir haben also alle rechte zur gegenwehr. wir brauchen weder, wie minister maihofer, einen übergesetzlichen notstand zu bemühen, noch uns auf das allgemeine staatsbürgerliche widerstandsrecht gegen bestrebungen, die die verfassungsmäßige ordnung beseitigen, zu berufen. unsere gesetze sind gar nicht so schlecht und lassen uns nicht im stich. sie müssen nur angewendet werden.

#### das gewaltproblem

die widerstandsrechte berechtigen, wenn sie erforderlich ist, auch zur gewaltanwendung. dies ist ihr eigentlicher kern. sie heißen mittel gut, die sonst verboten sind. für ohnehin erlaubte mittel - demonstrationen und passiven widerstand - braucht es keine rechtfertigung. die widerstandsrechte gelten auch gegen die staatsgewalt: widerstand gegen vollstreckungsbeamte ist nur strafbar, wenn sie ihr amt rechtmäßig ausüben, sie tun es nicht, wenn sie rechtswidrige eingriffe sichern.

das gewaltproblem ist der neuralgische punkt des streits um die kkw. noch sind die meisten kkw-gegner um gewaltlosigkeit bemüht. sie fürchten die überlegene polizeigewalt und die abstempelung als terroristen. die gegen-seite sollte sich daran ein beispiel nehmen. sie sollte auf nacht- und nebelaktionen, stacheldraht und einschüchternde polizeieinsätze verzichten. sie sollte gerichtsurteile vorbehaltloser akzeptieren, als das bisher geschehen ist, nicht propagandistisch-erpresserisch auf schwebende verfahren einzuwirken und vorläufige bauverbote befolgen.

beide seiten müssen das recht achten. geschieht das nicht, so läßt sich schon heute vorhersagen, daß die gewalt wieder einmal eskalieren wird. bürgerkriegsähnliche zustände haben dann die zu verantworten, die als erste zur gewalt gegriffen haben und diese auf unzureichende rechtstitel - sozialpflichtiges eigentum oder übergesetzlicher notstand - stützen. selbst das vertrauen in die überlegenheit der staatlichen gewalt kann sich angesichts der stör- und sabotageanfälligkeit der kkw und waa als bumerang erweisen.

#### der historische standort

das industriesystem geht an seiner überproduktion zugrunde. die kernkraft-technologie ist der letzte verzweifelte ausweg des systemimmanenten wachstumszwangs, sie ist die letzte wachstums- und exportbranche. die deutschen sind vom großmachtstraum umgestiegen auf den nimbus der führenden indus-trienation. am großwahn hat sich dabei nichts geändert und auch nichts an der gleichgültigkeit gegen den untergang. mit dem großmachtstraum haben die

deutschen im zweiten Weltkrieg die Hälfte ihres Landes verspielt. Mit dem industriewahn schicken sie sich an, die verbliebene Hälfte unbewohnbar zu machen. Hitler kannte keine Bedenken, die deutschen Städte zerbomben und das Land verwüsten zu lassen. Die Elektrokonzerne und ihre Verbündeten kennen keine Bedenken, das Land zu verunstalten und Gefahren auszusetzen, gegen die der Bombenkrieg ein Kinderspiel ist. Als sichtbare Abzeichen ihres Geistes errichten sie Stacheldrähte und Mauern. So wie Hitler von dem Endsieg faselte, erzählen sie ihre Lügen von der Energielücke und der Erhaltung von Arbeitsplätzen. Der Widerstand gegen Hitler ist heute offiziös unbeliebt. Der 20. Juli ist nie ein Feiertag gewesen. Das ist gewiss kein Zufall. Doch es ist und bleibt das bessere Deutschland, das die Zukünftigen nicht vergißt und für sie den Widerstand gegen die eigene Regierung nicht scheut.

wegen dieses Artikels, der in den "Bielefelder Nachrichten", Zeitung der Studentenschaft der Universität Bielefeld erschien, wurde H. Ostermeier von der Juristischen Fakultät der Uni Bielefeld am 2.11.77 fristlos gekündigt. Es ist nicht das erste Berufsverbot für einen AKW-Gegner, der Atomstaat marschiert.

#### "neue westfälische" vom 10.11.77

Düsseldorf (hwh) gegen den Richter Helmut Ostermeier beim Bielefelder Amtsgericht hat Justizminister Dr. Diether Posser ein Verfahren eingeleitet. Mit den "disziplinarischen Vorermittlungen" wurde der Landgerichtspräsident in Bielefeld beauftragt. Dies gab gestern die Landesregierung bekannt. Ostermeier hat in der Zeitung "Paragrafenreiten" zu Demonstrationen gegen die Kernenergie Stellung genommen. Nach Auffassung von Politikern und Juristen soll der Richter den Einsatz von Gewalt mit dem Hinweis auf das Recht von Notwehr verteidigt haben.

#### "neue westfälische" vom 3.11.77

Bielefeld (eig.ber.) die Juristische Fakultätskonferenz der Universität Bielefeld hat mit 17 : 13 Stimmen dem am Bielefelder Amtsgericht tätigen Familienrichter Obermeyer einen Lehrauftrag über "Strafrecht und Psychoanalyse entzogen, weil er in einem auch vom Bielefelder Asta verbreiteten Zeitschriftenartikel unter der Überschrift "Wehrt Euch, leistet Widerstand den Standpunkt vertreten hatte, die Widerstandsrechte berechtigten erforderlichenfalls auch zur Gewaltanwendung. Dekan Prof. Weber bezeichnete diese These als juristisch falsch und unhaltbar, zudem entbinde Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes die Freiheit der Lehre nicht von der Treue zur Verfassung. Richter Ostermeier will beim Verwaltungsgericht mindes eine einstweilige Anordnung gegen die Entziehung des Lehrauftrags beantragen. Der Asta der Universität hat sich für eine Weiterbeschäftigung ausgesprochen.

#### fahrraddemo am 25. Juni

Rainer M. ist vom Amtsgericht Hamburg inzwischen ein Strafbefehl über 3 Monate Knast oder 6300,- DM wegen "Körperverletzung" zugegangen. Dies aufgrund der Aussagen von Gegendemonstranten, die vielmehr ihrerseits in übler Weise gegen die AKW-Gegner vorgegangen waren. Eine Frau wurde angefahren, ein Demonstrant krankenhausreif geschlagen. Daß hier planmäßig versucht wird, einem AKW-Gegner was anzuhängen, daß 14 Tage nach der 1. Anzeige die politische Polizei noch einmal bei dem "Geschädigten" auftaucht, der sich daraufhin plötzlich erinnert, daß Rainer ihn ins Gesicht geschlagen hätte, daß die Oberlippe dick angeschwollen wäre und die Zähne gewackelt hätten. Ein Zivilist von der Wache 13 (Bernd Löwes Meldestelle), der ganz zufällig und privat anwesend war hatte das natürlich genau gesehen. Jede Menge Zeugen sahen es anders. Ein Widerspruchsverfahren läuft.

## Brokdorf, polizeistaatliche Maßnahmen, Strafverfolgungen und finanzielle Forderungen sollen den Widerstand brechen

Am 26.10.1977 verschickte die Landespolizei Schleswig - Holstein an mehrere AKW-Gegner einen "Leistungsbescheid" mit einer Kostenrechnung über je 5384,14 DM. Diesen Betrag soll jeder für die Räumung des Anti-Atom-Dorfes am Bauplatz in Brokdorf zahlen. Die Gesamtkosten gibt die Polizei mit 113.067 DM an. Ein Widerspruch gegen den Bescheid hat keine aufschiebende Wirkung. Wenn der Betrag nicht innerhalb von 7 Tagen gezahlt wird, wird die Behörde die Zwangsvollstreckung einleiten. Gegen einen AKW-Gegner wird strafrechtlich ermittelt, weil er gegen die polizeiliche Räumung gerichtlich vorgegangen sein soll.

Vom 5.8. bis 9.8.1977 haben Bürgerinitiativen aus dem ganzen norddeutschen Raum ein Lager unmittelbar am Bauplatz des geplanten AKW Brokdorf eingerichtet. Vom Lager aus sollten die erwarteten Bautätigkeiten beobachtet und der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Die Diskussionen zwischen örtlicher und auswärtiger Bevölkerung sollten intensiviert werden.

Gegen die lebensbedrohenden Atomanlagen haben über 100.000 Menschen protestiert, in Brokdorf, Grohnde, Malville und anderswo. Das Lager wurde von vielen Menschen durch Spenden, zahlreiche Besuche, intensive Diskussionen, Lebensmittel etc. unterstützt. Weiter fand zur Unterstützung des Lagers eine spontane Treckerdemonstration der örtlichen Bauern statt. Nachdem die Behörden die Räumung des Lagers verfügt hatten, versammelten sich über 500 AKW-Gegner im Lager, um gegen die Räumung zu protestieren. Am 9.8.1977 wurde die Räumung durch ein unverhältnismäßig hohes Polizeiaufgebot erzwungen.

Jetzt werden einige AKW-Gegner stellvertretend für alle willkürlich herausgegriffen. Dabei kommt es der Polizei noch nicht einmal darauf an, ob die Personen tatsächlich im Lager gewesen sind oder nicht. Die Vollstreckung der Zahlungsaufforderung würde die Pfändung des Gehaltes und aller wertvollen Gegenstände und, damit die Reduzierung des Lebens auf das Existenzminimum zur Folge haben. So sieht der Bürgerdialog der Regierung in der Praxis aus, das versteht die Regierung unter Auseinandersetzung mit unseren Argumenten. Hier versucht die Behörde unser Leben zu ruinieren, weil wir für die Erhaltung unserer Gesundheit eintreten. Durch einen beliebig hohen Polizeieinsatz können uns auf diese Weise Rechnungen vorgelegt werden, die unsere wirtschaftliche und berufliche Existenz vernichten. Eine Maßnahme, die weitaus härter ist, als es das Ergebnis einer Strafverfolgung sein könnte. Selbst der gewöhnliche Rechtsweg ist ausgeschaltet, weil wir zahlen müssen, bevor Beweise erbracht und der Sachverhalt juristisch aufgeklärt ist.

Mit dieser Methode, daß Polizeieinsätze bezahlt werden müssen, kann willkürlich jeder mißliebige AKW-Gegner mundtot gemacht werden. So wird uns das legitime Recht genommen, uns gegen die Zerstörung unseres Lebensraums und unserer Gesundheit zu wehren. Auf die Bewohner des Anti-Atom-Dorfes in Grohnde könnte dasselbe zukommen. Mit solchen Methoden kann jede öffentliche Meinungsäußerung unterdrückt werden, jeder Bürger ist davon betroffen.

Deshalb fordern wir die sofortige Zurücknahme der polizeilichen Bescheide.

**Sachverhalt:** Am 9. August 1977 hielten Sie sich zusammen mit anderen KKW-Gegnern in dem Zeltdorf auf dem Grundstück in Brokdorf, westlich der Einmündung der Verbindungsstraße von der K 41 zur B 431 (Eigentümer: Nordwestdeutsche Kraftwerke) auf, obwohl die Räumung des Zeltdorfes durch Ordnungsverfügungen des -Amtes Wilstermarsch als örtliche Ordnungsbehörde vom 8. August 1977, -Landrates des Kreises Steinburg als untere Bauaufsichtsbehörde vom 8. August 1977, -Landrates des Kreises Steinburg als untere Landschaftspflegebehörde vom 8.

August 1977

spätestens bis 8. August 1977, 20.00 Uhr, verfügt war.

Ihr widerrechtlicher Aufenthalt in dem Zeltdorf trug dazu bei, daß das Zeltdorf durch die Polizei zwangsweise geräumt werden mußte.

Die Zwangsräumung ist kostenpflichtig (für jeden eingesetzten Polizeibeamten je angefangene Stunde 17,- DM).

Insgesamt waren 605 Polizeibeamte eingesetzt.

Die Kostenforderung des Landes beträgt somit insgesamt 113.067,- DM. Von diesem Betrag entfallen auf Sie anteilig 5.384,14 DM.





### demo gegen strafprozesse - hameln

am 19. nov. findet in hameln eine bundesweite protestdemo gegen die grohnde-prozesse statt. treff 14.00 h hameln, marktplatz (siehe beiliegendes flugblatt).

### erster grohnde-prozeß

am 22. nov. findet in hameln vor dem jugendgericht der erste prozeß wegen teilnahme an der großkundgebung gegen das akw grohnde vom 19.3.77 statt. angeklagt ist die bremerin linda. vorwurf: landfriedensbruch.

### prozeß wegen begleitung von b. löwe

bei der begleitdemo von bend löwe wurde bärbel p. zusammen mit 7 anderen akw-gegnern festgenommen. am 21.10. hatte sie ihren prozeß wegen widerstand gegen vollstreckungsbeamte. zum prozeß waren ca. 70 akw-gegner erschienen, 16 wurden in den richtersaal gelassen, obwohl für min. 30 platz war. der antrag des rechtsanwaltes wurde abgelehnt, begründung: 1. eine ausreichende öffentlichkeit sei herge stellt, 2. es gäbe zwar größere räume aber der richter verhandle grundsätzlich in diesem, 3. bei 70 zuhörern sein der ordnungsgemäße ablauf nicht gewährleistet. b. verließ daraufhin den saal, vom staatsanwalt wurde ein haftbefehl beantragt, dem der richter zustimmte. aufgrund eine beschwerde der rechtsanwälte u. der noch anwesenden akw-gegner wurde er nicht vollzogen u. nach 5 tg. wieder aufgehoben. am abend d. 21.10. versammelten sich ca. 150 akw gegner, um ihren protest auszudrücken u. d. öffentlichkeit zu informieren auf d. gerh.-hauptm.-platz. bei dieser veranstaltung wurden 4 willkürlich festgenommen. einer wurde nach überprüfung freigelassen, die anderen z.t. gepügelt, zur wache geschleppt und ed-behandelt. sie bekommen ein verfahren wegen widerstand, und zwei wegen versuchter gefangenentfreierung. b. wurde nach dem 2. verhandlungstag freigesprochen !!!

## TERMINE

### bbu-plenum hamburg

das plenum - koordinierungstreffen der autonomen gruppen und organisationen - trifft sich jeden donnerstag 19.00 im martin-luther-king haus, grindelallee 9, 2 hamburg 13. folgende themen werden zur zeit diskutiert: strafprozesse, vorbereitung der demo in hameln, gorleben, an den wahlen beteiligen: nutzen oder schaden für den widerstand gegen akw, berichte aus den stadtteilgruppen und anderen bi, raumvergabe der esg-hamburg; das treffen ist öffentlich. das kb-plenum trifft sich am montag am gleichen ort

26/27.11. bbu-mitgliederversammlung in gorleben mit vorstandswahlen.

4.12. nächste bak-sitzung in bremen.

ab 12.12. zweite hauptverhandlungsrunde zu essensham vor dem vwg oldenburg

sanitärergruppe hamburg führt weiter die selbsthilfe kurse für akw-gegner durch. interessierte bis melden über öko-laden, oder: hamburg, jeden montag, 20.00 uhr im brauerhaus, uniklinik eppendorf. außerdem: neues info-blatt zum verbot von chemikal mace erschienen, anfordern über die sani-gruppe

### bundeskonferenz

die landeskonferenz nrw (nordrheinwestfalen) bereitet eine bundeskonferenz vor. tagesordnungsvorschläge: diskussion der gemachten erfahrungen, analyse des vorgehens von regierung und akw-betreibern, waa. zur vorbereitung: 26/27.11. im raum bochum/dortmund. bitte bis 20.11 vorstellungen und anzahl der vertreter bekanntgeben: büro für atomenergieprobleme, 463 bochum, c/o fachschaft bauing. IA 3/50, ruhruniversität, postfach

### projekt saiu

folgende veranstaltungen finden jeweils mittwochs von 18-20.00 im gebäude nw 1, raum s 136, der universität bremen statt.

- 26.10.77 die gefahren des sogenannten brennstoffkreislaufs
- 2.11.77 genetische strahlenschäden
- 9.11.77 krankheit und radioaktivität
- 23.11.77 probleme beim leichtwasserreaktor
- 30.11.77 probleme der wiederaufbereitung und der endlagerung
- 7.12.77 schnelle brüterreaktoren
- 14.12.77 geht das akw fessenheim noch 1977 in betrieb?
- 21.12.77 wärmelastplan elbe und weser
- 11. 1.78 der widerstand am oberrhein ( wyhl )
- 25.1.78 schafft energie arbeitsplätze ?
- 1.2.78 energiebilanzen beim atomprogramm
- 8.2.78 ein siamesischer zwilling: atombombe und atomenergie
- 15.2.78 fusionsreaktoren

referenten: hochschullehrer und mitglieder des projekt saiu und betroffene bürgerinitiativen.

folgende veranstaltungen finden jeweils mittwochs von 16-18.00 im gebäude nw 1, raum s 136, der uni bremen statt, durch walther soyka

- 26.10.77 der prozessuale stand der brennelementfabrik der fa.exxon in lingen
- 2.11.77 prozesse mit der nwk um das akw stade
- 9.11.77 prozesse mit der preußenelektra in würgassen
- 23.11.77 der schnelle brüter snr 300 in kalkar
- 30.11.77 atommüllagerung im salzbergwerk asse
- 7.12.77 die dwk und gorleben
- 14.12.77 der prozeß um das akw mühlheim-kährlich
- 21.12.77 das grundgesetz und das atomprogramm der brd
- 11.1.78 mehrfachstätigkeit von gutachtern
- 18.1.78 untergrabung des rechtsschutz durch beratere gremien
- 25.1.78 atomprogramm und widerstand 1
- 1.2.78 atomprogramm und widerstand 2
- 8.2.78 mangel der strahlenschutzverordnung
- 15.2.78 jeder kläger ein experte ?

### hamburg

der alster-gesprächskreis veranstaltet am 16.11. 15 uhr einen vortrag mit herbert gruhl: die katastrophale politik der industrienationen, in glinde schulzentrum oherw-weg nahe markt. unkostenbeitrag 2DM, schüler, rentner 1DM

## BROSCHUREN , FILME ...

### plakate gegen akw-gegner-orozesse

- 1. din-a-3 hochformat, was ist kriminell, akw bauen oder sie verhindern, graphische zeichnungen, eins mit atomindustrie, eins mit demonstranten
- 2. din-a-3 querformat, was ist kriminell ..., drei fotos (brokdorf-platzbesetzung, grohnde-demo, treckerdemo-brokdorf)

zu bestellen: ak politische ökologie, adresse, kontonr. siehe titelblatt, preis: 0.20 pro stück plus porto

### broschüre zum brokdorflager

die vorbereitungsgruppe des bewachungslagers brokdorf hat eine broschüre erstellt. inhalt: bericht über die vorbereitungsarbeit/ ausführliche chronologie/ viele große fotos/ berichte von lagerteilnehmern und leuten aus der gegend/ ordnungsverfügungen/ ausführliche pressedokumentation.

## buu-hamburg, gruppe industrie an der unterelbe

die akw-gegner haben bisher den zusammenhang des baus von akw und der ansiedlung neuer industrien an der unterelbe kaum beachtet. die akw werden nicht nur für den profit der atomindustrie gebaut, sondern sind ein teil des plans, an der unterelbe ein neues ruhrgebiet zu schaffen. um den widerstand der bewohner der unterelbe-region gegen dieses gigantische vorhaben hat sich die anti-akw-bewegung bisher nicht besonders gekümmert. chemische und grundstoggindustrie verpesten die umwelt (z.b. reynolds), ganze ortschaften werden umgesiedelt (z.b. altenwerder, büttel), ganze, bisher agrarisch geformte gebiete werden zerstört. wer sich über die hintergründe der industrieforhaben informieren möchte, lese michael grütters buch "wem gehört die stadt" (verlag association 16.-). wir brauchen noch leute, die an dieser thematik mitarbeiten und sich für eine erweiterung unserer kampfperspektive gegen akw einsetzen.

kontakt: o4o 465515 frank

2. gefährdung durch akw und aktionen der bevölkerung in wyhl, brokdorf, kaiseraugst, fessenheim
  3. "kein akw in wyhl und auch nicht anderswo"-ausführliche schilderung des entstehens der anti-akw-bewegung am kaiserstuhl und im elsaß
- verleihbedingungen s. heiteren-film  
kontakt: wolfgang döhring, bertoldstr.23, 8 freiburg  
konto: postscheckamt karlsruhe, 76512-754

## verhalten des roten kreuzes in brokdorf, grohnde und kalkar

vor kurzem hat sich innerhalb des deutschen roten kreuzes, landesverband rheinland ein kreis von hohen mitarbeitern getroffen (kreis- und katastrophenschutzbeauftragte). sinngemäße wiedergabe der diskussion: die situation der akw-demos ist sehr schwierig. da die gefahr einer katastrophe besteht, gibt der jeweilige hauptverwaltungsbeamte am ort katastrophalarm. das drk muß ausrücken und ist dem befehl des polizeiarztes unterstellt. somit sind grundsätzlich die anweisungen des polizeiarztes auszuführen. das drk hat aber erkannt, daß dies zu schwierigkeiten bei der versorgung von verletzten führen kann. in kalkar wurden daher u.a. folgende maßnahmen getroffen:

- katastrophalarm wurde gegeben, 2 einheiten des drk rückten aus, eine wurde im akw stationiert, die andere auf der anderen rheinseite. beide unterstanden dem befehl des polizeiarztes.
- zusätzlich entsandte das drk von sich aus und unabhängig von der polizei 3 weitere einheiten (verbandsplatzzug, 2 sanitätszüge), postiert am genehmigten demonstrationsweg, eine betreuungsstelle in kalkar, sie waren notfalls auch bereit, das interesse des verletzten über polizeimaßnahmen zu stellen.
- die namen von verletzten müssen auch in zukunft weitergegeben werden, wenn die polizei dies verlangt, das drk unterliegt der ärztlichen schweigepflicht, und gibt außer namen nach polizeilicher aufforderung keine auskunft über art und umfang noch ursachen der verletzungen.
- das drk hat demoeigene sanitätszüge mit rotkreuzzeichen akzeptiert, ohne diese aber zu begrüßen oder für richtig zu halten. das führen des erkenntniszeichens des drk kann strafrechtlich verfolgt werden. das rotkreuzzeichen in der hand von sanis bietet keinen schutz. das drk hat von aktionen gegen solchen zeichenmißbrauch abgesehen.

## regionalkonferenz südniedersachsen/nordhessen

in braunschweig 5./6.11.77 anwesend 14 bi's  
ausführliche berichte der einzelnen bi's über ihre arbeit, einige haben schwierigkeiten aufgrund rückläufiger mitgliederzahlen und gewisser perspektivlosigkeit in der weiterarbeit.  
zum k-gruppen-verbot wurde die buu-erklärung verabschiedet.  
als schwerpunkte der weiteren arbeit legten die bi's fesz:  
- intensivierung der öffentlichkeitsarbeit (akw und arbeitsplätze)  
- verhinderung der einlagerung von hochaktivem material in asse 2  
- unterstützung der angeklagten in den prozessen  
allgemein fand die konferenz in einem sehr guten klima statt.  
nächste regionalkonferenz: januar 1978

## radioaktive milch

im kontrollbereich der landwirtschaftskammer hannover wurden mitte oktober hohe mengen an radioaktiven substanzen in der angelieferten milch festgestellt (wahrscheinlich aus der nähe des akw-würgassen). die grenzwerte für radioak. jod 131 wurden um das 25-75 fache überschritten. wir bereiten einen längeren bericht darüber vor. nähere informationen dazu im atomexpress 6 und über den göttinger arbeitskreis.

## altaluminium-aktion

der buu macht eine aluminium-aktion um energie zu sparen. alles altaluminium soll ab 1.11. an maihofer oder friedrichs bundesministerium, villenomplerstr. 76, 5300 bonn-duisdorf geschickt werden, mit der dringenden aufforderung altaluminiumsammelstellen einrichten zu lassen und die wiederverwertung bei der industrie zu veranlassen. infos bei:  
bbu, schliffopfweg 31a, 7500 karlsruhe 1

## **STROMPREISBOYKOTT**

Einladung zur Vollversammlung der Boykotteure und Boykotteurinnen am 16. 11. 77 (Buß- u. Betttag) um 19.00 Uhr ins 'Martin-Luther-King-Haus' (grosser Saal), Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13.

Liebe Freunde! Bis heute liegen mehr als 350 Bereitschaftserklärungen vor; ein Teil der betroffenen Haushalte hat ab 1. 10. 77 10% von den HEW-Pauschalen und Rechnungen abgezogen und auf das Treuhandkonto Rechtsanwaltsbüro Gosau/Tode, Treuhandkonto, Konto-

nummer 4690 bei der Evangelischen Darlehensgenossenschaft Kiel (BLZ 21060237), oder Postscheckkonto der Bank Nr. 242121-201, Postscheckamt Hamburg, überwiesen. Die genaue Zahl der Boykotteure wird frühestens am 1. 12. festzustellen sein, wenn für jeden Haushalt der Stichtag für die Zweimonatspauschale fällig gewesen sein wird. Es werden ständig mehr, und der tatsächliche Beginn der Aktion hat sich positiv auf die Sammlung von weiteren Mit-Boykotteuren ausgewirkt. Mehr denn je ist jetzt die Chance groß, unsere Position durch Werbung und die Verteilung des Verhaltensmerkblattes zu verbreitern und bald die Tausend zu erreichen. Die HEW hat bislang noch nicht mit Mahnungen, sondern mit aufwendigen "Aufklärungsbriefen" reagiert; sie will offensichtlich mit der weichen Welle mögliche Solidarisierung verhindern. Wir sollten aber bereits auf dieser Stufe der Auseinandersetzung möglichst geschlossen reagieren, statt von uns aus zuzulassen, daß jeder "einzeln abgefertigt" wird. Die Formen der Reaktion sollten in Stadtteilversammlungen abgesprochen und spätestens bei der Vollversammlung beschlossen werden (gemeinsamer Brief, Presseerklärung, Besuch bei der HEW durch eine gewählte Delegation oder durch alle Boykotteure usw.). Wer also bislang noch keinen Kontakt zu Mitboykotteuren, z. B. in seinem Stadtteil, aufgenommen hat, sollte dies im eigenen und im gemeinsamen Interesse möglichst rasch nachholen. Dazu legen wir die (noch immer nicht ganz vollständige) Liste der Stadtteilkontakte dieser Einladung bei. Da die bürgerliche Presse offensichtlich Anweisung hat, den Boykott zu verschweigen, müssen wir verstärkt unsere eigene Öffentlichkeitsarbeit vorantreiben. Dazu können Leserbriefe oder die Nutzung von weiteren Pressekontakten, als wir sie bislang hatten, nützlich sein. Darüber hinaus kann die Tonbildschau über den Boykott für Veranstaltungen bei folgenden Stellen ausgeliehen werden:

- Pädagogisch-Theologisches Institut, Bebelallee 11, 2000 Hamburg 60, Tel.: 040/513109 (8.00 - 18.00 Uhr)
- Jugendpfarramt, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/252085

- Amt für Öffentlichkeitsarbeit, Medienzentrale, Feldbrunnenstr. 29, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/455868/69 (Montags - Donnerstags 8.30 - 17.00 Uhr, Freitags bis 15.00 Uhr).

Aufkleber für Briefe oder fürs Auto sind bei uns erhältlich.

So banal es klingt, scheint es dennoch nötig, zu wiederholen, daß der Boykott nur dann sinnvoll und erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn sich wirklich alle daran intensiv beteiligen. Es ist ein Fehler, anzunehmen, daß doch schon eine Gruppe da sei, die alle anfallende Arbeit zu leisten in der Lage sei. Überlegt Euch bitte noch einmal ernsthaft, wo Ihr mehr als bisher Werbung mitmachen könnt, sei es bei den wöchentlichen Sitzungen, mittwochs im 'Rauhen Haus' ab 19.00 Uhr, Fachhochschule, oder in den Stadtteilen, im Bekanntenkreis usw.

Zuletzt möchten wir auch diejenigen bitten, zur VV zu kommen, die zwar teilnehmen wollen, aber - weil wir noch keine 1.000 sind - bislang die 10% nicht zurückhalten. Unsere Rechtsanwälte werden wieder für Fragen zur Verfügung stehen.

TOPs f. VV: Noch einmal zur Vollversammlung am Buß- u. Bettag im einzelnen:

- Für diejenigen, die unsere Tonbildschau noch nicht kennen, oder sie evtl. einmal ausleihen möchten, werden wir sie noch einmal vorführen.
- Ferner scheint uns ein Erfahrungsaustausch unbedingt notwendig.
- Dann brauchen wir Eure Anregungen und Hilfen für weitere Organisation, vielleicht auch zur Vermeidung von Fehlern und Lücken?
- Und nicht zuletzt wollen wir uns unterhalten (nicht nur unterhalten lassen), um uns ein bißchen besser kennenzulernen.

Vielleicht hat der eine oder andere Lust, Zeit und Fähigkeit, etwas zu essen (Kuchen o. ä.) und/oder zu trinken mitzubringen?

Auf ein Wiedersehen bei der VV. Herzl. Grüße für Eure Boykottgruppe:  
...

Kontakttelefone: - Gisela Wunnenberg, Tel.: 040 / 43 58 68  
- Volker Schmidt, Tel.: 040 / 51 31 09 (nur tagsüb.)  
- Jutta Schmidtke, Tel.: 040 / 22 67 07/08

Kontaktadresse: - Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90  
Spendenkonto: - Sonderkonto der Kirchengemeinde Nord-Barmbeck (zugunsten der "Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion"), Haspa, Kontonr.: 1309/12093

Liste der Stadtteilkontakte / Oktober 1977:

1: Hellä Naura Hansaplatz 3	HH 1	Tel. 249027
4: Reinhard Kramm Lippmannstr. 62	HH 50	438385
6: Gisela Wunnenberg Weidenallee 23	HH 6	435868
11: Reinhard Kramm s.o.		
13: Bernd Pieper Schröderstiftstr. 34 Haus 14	HH 13	
Peter W. Dräger Mittelweg 25a	HH 13	
19: Monika Bender Bellealliancestr. 47	HH 19	4393753
20: Eckhardt Klitzing Isestr. 71	HH 13	4808646
26: Hildegard Thevs Horner Weg 25a	HH 26	2191328
36: Reinhard Kramm s.o.		
50: Claas Grot u. Uwe Martiny Eifflerstr. 22	HH 50	4300527
52: Jeanette Kassin Bockhorst 134	HH 55	801310
53: " " "		
54: " " "		
55: Jens-Rüdiger Boy Schenefelder Landstr. 93	HH 55	876005
56: Jeanette Kassin s.o.		

60: WG Blockhütte c/o Angela Rosenthal Gropiusring 44 HH 60 6315220

61:

62:

63/65/67: Maren und Torsten Wulf Tannenkamp 37 HH 67 6449885

70: Helga Jansen Rennbahnstr 157 HH 70 6525427

71/72: Helen Heinemeier Berner Allee 70 HH 72 6448739

73: Gerhard Ulrich Am Regen 82 HH 73 6724744

74: Helga Jansen s.o.

76: Jutta Schmidtke Humboldtstr. 65 HH 76 226707/e8

80: Christoph Rahe Ernst-Martinstr. 10a 205 HH 80 7242430

90/92/93: Gaby Verch / Peter Albers Benningsenstr. 17 21HH 90 7654099

Unsere Rechtsanwälte:

Dirk Gosau u. Peter Tede Fuhlsbüttlerstr. 599 HH 63 6301018

## GORLEBEN

### Bericht der Emigrantengruppe

In Hamburg hat sich eine sogenannte "Emigrantengruppe" gebildet, die z.Zt. aus ca. 40 Leuten besteht, die im Landkreis Lüchow-Dannenberg aufgewachsen und nach Hamburg "emigriert" sind, oder dort ihren 2. Wohnsitz haben. Diese Gruppe will vor allem 3 Aufgabenbereiche abdecken:  
1) Die Aufrechterhaltung des Informationsflusses der Mitglieder untereinander über die aktuelle Entwicklung im Landkreis und in der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg; 2) Öffentlichkeitsarbeit, verstanden als Zusammenarbeit für die BI (Erstellung von Materialien wie Flugblätter und Broschüren, Kontakte zu Presse, Rundfunk, Medienzentren etc.); die Vermittlung zwischen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und den Hamburger Bürgerinitiativen, um Konflikte, die durch die unterschiedlichen Erfahrungen, die die beiden Gruppen bisher gemacht haben und durch den Gegensatz Stadt-Land geradezu vorprogrammiert sind, soweit wie möglich zu vermeiden.

### Zur Situation im Landkreis Lüchow-Dannenberg

Die Bevölkerung des Landkreises steht den Plänen, hier eine Atomfabrik zu errichten, überwiegend skeptisch gegenüber. Es gibt bisher nur einen kleinen Kreis von offenen Befürwortern - hierzu gehören insbesondere die Spitzen der Verwaltung und ehrgeizige Kommunalpolitiker - und eine kleine Gruppe von aktiven Gegnern. (Insgesamt hat der Landkreis nur ca. 50 000 !! Einwohner) Vielfach herrscht die Meinung, "daß sei ja wohl nicht gut mit der Anlage, aber man könne ja sowieso nichts dagegen tun, und irgendwo müsse der Müll ja auch hin."  
Um den Bau der Anlage zu verhindern, haben sich in der Bürgerinitiative in erster Linie Bürger zusammengeschlossen: ansässige und Leute mit 2. Wohnsitz. Die 2. Wohnsitzler, die im Landkreis z.T Häuser gebaut oder gekauft haben, um sich dort zu erholen u.U. im Alter dort ganz zu leben, sind besonders entschlossene Gegner. Während ein Teil der alteingesessenen Bürger noch ein recht starkes Vertrauen in ihre Landesregierung hat und meint, daß Albrecht die Anlage ja eigentlich selber auch gar nicht haben wolle, ist der andere Teil der BI eher skeptisch. Daraus ergibt sich eine ständige Spannung innerhalb der BI zwischen diesen Gruppen. Die eine meint durch die Kraft der Argumente, durch Einflußnahme auf wichtige Leute im Landkreis und in Hannover und mit rechtsstaatlichen Mitteln, die Anlage verhindern zu können. Bei dieser "Kommunalpolitik" fühlen sie sich durch Leute von außerhalb leicht gestört, da sie auch - um als Verhandlungspartner anerkannt zu bleiben - ständig auf ihren guten Ruf achten müssen. Die andere Gruppe in der BI macht sich mehr Gedanken um das Verhältnis zu BBU, überregionaler Öffentlichkeitsarbeit und diskutiert Möglichkeiten, Probebohrungen zu verhindern. Die Auseinandersetzungen der BI-Mitglieder untereinander machen die Arbeit der BI und ihre Sitzungen für interessierte Außenstehende wenig attraktiv. Eine bürokratische Satzung macht den Zugang zur BI zusätzlich nicht gerade leicht.  
In der Kontroverse um die Albrechtgespräche wurden die unterschiedlichen Positionen innerhalb der BI besonders deutlich. Bekanntlich hat es

## ESG - HH

### Erklärung zur Raumvergabe an die BUU

seit mehr als einem Jahr tagt die hamburger initiativgruppe und spätere Buu-hamburg in den räumen des martin-luther-king-hauses. seit einiger zeit ist aber die buu-hamburg in 2 plena, die beide am donnerstag abend tagen, gespalten. für das wintersemester 77/78 haben beide plena, das bisher im phil.turm und das bisher im mlk-haus tagende plenum, einen antrag auf benutzung des saales jeweils am donnerstag gestellt. die entscheidung über die raumvergabe mußte vom gemeinderat der esg getroffen werden. in den sitzungen des esg-gemeinderats am 6. und 13.10. haben wir uns ausführlich mit dieser frage beschäftigt.

wir sind uns darin einig, daß wir keiner der beiden gruppen ein generelles raumverbot aussprechen wollen. das würde auch unserer bisherigen praxis widersprechen, die raumvergabe nicht von inhaltlicher übereinstimmung abhängig zu machen. es besteht aber nur für ein plenum die möglichkeit, donnerstag abends im mlk-haus zu tagen.

obwohl wir wissen, daß der termin donnerstag abends im mlk-haus in der buu-hamburg eine ziemliche bedeutung hat, wollen wir uns durch unsere entscheidung in der raumvergabe nicht zum richter in der frage, wer die richtige, echte und eigentliche buu ist, aufspielen. über diese frage hat nur die anti-akw-bewegung zu entscheiden, in der die esg nur eine untergeordnete rolle spielt. dennoch sind wir in dieser frage nicht unbeteiligt und können uns nicht unentschieden verhalten.

um uns dieser schiedsrichterfunktion, die wir uns nicht gewünscht haben, zu entziehen, wurde auch auf dem gemeinderat der vorschlag diskutiert, keinem der beiden plena am donnerstag den saal zu geben und ihn an diesem wochentag für einzelne veranstaltungen freizuhalten. mit einer solchen entscheidung würden wir uns zwar aus der sache heraushalten, sie wäre aber für die buu-hamburg von größerem schaden, als wenn wir den saal an eines der beiden buu-plena vergeben, da der donnerstag der einzige tag in der woche ist, an dem keine stadtteilgruppe tagt. wir haben uns daher entschlossen, einem der beiden buu-plena den saal am donnerstag zur verfügung zu stellen.

im zusammenhang mit dieser raumvergabe möchten wir auf einen abschnitt aus unseren leitsätzen hinweisen, in dem es heißt:

1. die esg hamburg versucht, in ihrer arbeit die bedürfnisse und interessen von einzelnen und gruppen wahrzunehmen, die
  - materielle hilfe suchen
  - ihre isolation überwinden wollen
  - ihre christliche sozialisation und ihren christlichen glauben aufarbeiten und in praktisches handeln umsetzen wollen
  - in der vielfalt politischer meinungen durch gemeinsame praxis eine veränderung des bewußtseins und der gesellschaftlichen verhältnisse erreichen wollen.
2. In Erfüllung dieser aufgaben entwickelt die ESG-Hamburg Alternativen zu herrschenden umgangsformen zwischen menschen, indem sie bemüht ist, herrschaftsfreie kommunikation herzustellen.

Gerade die aufgabe einer bürgerinitiative, die keine rein linke bewegung sein kann, muß es sein, bei einer vielfalt von politischen meinungen durch gemeinsame praxis eine veränderung des bewußtseins der einzelnen menschen zu erreichen. dazu muß eine atmosphäre solidarischer auseinandersetzung vorhanden sein, in der andersdenkende nicht abqualifizieren.

Dem KB ist vorgeworfen worden - u. a. von ESG-Mitgliedern und ehemaligen KB-Mitgliedern -, daß er darauf hingearbeitet habe, mit möglichst vielen gruppen und delegierten in der BUU-Hamburg vertreten zu sein. Diese vorwürfe sind vom KB nicht glaubhaft widerlegt worden. Es gibt

vielmehr belege dafür, daß der KB die diskussion nicht versachlicht, sondern seinen mitgliedern in der BUU Hamburg ein feindbild aufgebaut hat. So ist in einem rundbrief des KB vom 4. 1. 77 die rede davon, daß "Machenschaften mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müssen" und "diejenigen, die sich als besserungsunwillig zeigen, aus den BIs herausgedrängt werden müssen". Aktivitäten, mit denen der KB nicht übereinstimmt, wie die Anti-AKW-Lager in Grohnde und Brokdorf und die Verhinderung der rückführung der baumaschinen, wurden und werden vom KB in einer art abqualifiziert, die mit solidarischer auseinandersetzung nichts zu tun haben.

Ein wesenszug der bürgerinitiativen ist es, daß in ihnen menschen, die aus verschiedenen politischen richtungen kommen, an einem punkt zusammenarbeiten. dieses ist gefährdet, wenn eine politische organisation versucht, ihre vorstellungen als die der BI durchzusetzen. Vor der spaltung der BUU hat der KB in mehreren wichtigen fragen, z. B. zum vorgehen zum 1. Mai, seine position durch kampfabstimmungen durchgesetzt. Solche entscheidungen, die heftig umstritten sind und für die es in der BI keine breite basis gibt, schaden dem gemeinsamen ziel, weil sie differenzen in den vordergrund stellen. Das vorgehen des KB, immer mehr eigene vorstellungen in der BUU Hamburg durchzusetzen, führte zwangsläufig dazu, daß immer mehr AKW-Gegner diese BUU nicht mehr als ihre BUU verstehen konnten. So war die spaltung der BUU Hamburg in zwei plena, so bedauerlich sie auch ist, eine fast zwangsläufige folge aus der arbeit des KB in der BUU.

Ähnliche zentralistische und unterdrückende vorstellungen wurden auch von anderen kommunistischen gruppen praktiziert, etwa von der KPD (zusammen mit dem KB) auf der bundeskonferenz in hannover und vom KBW auf einer veranstaltung in Wilster. Diese gruppen haben jedoch - im gegensatz zum KB - den vorzug, daß sie offen auftreten und unverhüllt ihre politischen positionen darstellen. Dadurch sind ihre politischen fehler leichter zu durchschauen und zu kritisieren. (s. Fußnote 1)

In dem im MLK-Haus tagenden BUU-Plenum hat der KB seine organisationsvorstellungen durchgesetzt. Es wurde gesagt, in der BUU sollten demokratische strukturen eingeführt werden, was bedeutete, daß nur die position, die von der delegiertenmehrheit getragen wird, als BUU-Position öffentlich dargestellt wird bzw. werden darf. Ein solches organisationsmodell mag für eine politische organisation notwendig sein, für eine bürgerinitiative erscheint sie aber ungeeignet. Da eine bürgerinitiative menschen mit verschiedenen politischen positionen anspricht, die mit dem ziel der BI übereinstimmen, müssen gerade auch widersprüche innerhalb der BI öffentlich dargestellt werden können, damit nicht der eindruck politischer einseitigkeit entsteht.

Wir halten das organisationsmodell der autonomen gruppen für einen besseren weg, dem anspruch der bürgerinitiativen gerecht zu werden. Diese gruppen haben untereinander starke politische differenzen, weil in dieser fraktion die unterschiedlichsten menschen (Anarchisten, Kommunisten, Sozialisten, Christen, Liberale, Gewaltfreie) zusammenarbeiten. Ihr organisationsprinzip ist deshalb durch die autonomie und die selbstbestimmung der individuen und gruppen gekennzeichnet.

Wenn auch heute noch eine nach den möglichkeiten der menschen gleichberechtigte mitarbeit durch vorsprünge und ungleichzeitigkeiten erschwert wird, so bieten sich für die gleichberechtigung aller gruppen jedoch positive ansätze, und ein einbringen und verwirklichen der verschiedenen vorstellungen ist gewährleistet, d. h. konkrete vorschläge werden vorgestellt, gruppen, die diese ideen gutfinden, schließen sich zusammen und versuchen, diese vorschläge zu verwirklichen. Niemand wird auf eine einzige - angeblich allein politisch richtige linie festgelegt.

Nur wenn verschiedene vorstellungen über den widerstand diskutiert und angewendet

zwischen der BI und Ministerpräsident Albrecht seit dem Frühjahr Verhandlungen gegeben, die aber im August unterbrochen wurden. Im März hatte Albrecht bei einem Gespräch mit den Vertretern der BI den Bürgern des Landkreises angeboten, sie in Sachen WAA ständig auf dem Laufenden zu halten. Er versprach damals außerdem, dem von der DWK erstellten Sicherheitsbericht auszuhandigen, wobei nur noch mögliche rechtliche Bedenken überprüft werden müßten, und sicherte ein von der Landesregierung finanziertes Gutachten zu, das wesentliche Punkte, die für die BI von Interesse wären, untersuchen sollte.

Es war eine Illusion, an die Versprechen Albrechts zu glauben; die Herausgabe des Sicherheitsberichtes wurde immer wieder verzögert, bis schließlich auf gemeinsame Initiative der BI Lüchow-Dannenberg und der ABL (Arbeitsgemeinschaften der Bürgerinitiativen Lüneburger Heide) ein Gespräch mit Albrecht am 18.8. zustande kam, und auf dem Albrecht erklärte, er könne sich nicht über das Veto der Betreiber hinwegsetzen. Er bot lediglich Einsicht in das 3 000 Seiten starke Werk an. Die Gespräche wurden daraufhin abgebrochen. Teile der BI sind jedoch auch nach wie vor der Meinung, man solle die Gespräche mit Albrecht und den Ministerien bald wieder aufgreifen. Dem größeren Teil der BI Mitglieder ist klar, daß nach der zeitraubenden Kontroverse um die Albrechtgespräche die Öffentlichkeitsarbeit im Landkreis verstärkt werden muß. Zu diesem Zweck schaffte sich die BI einen VW Bus an, mit dem nun über Land gereist werden kann, um die Bevölkerung der kleineren Dörfer und insbesondere die Bauern verstärkt zu erreichen.

Bislang sind die Bauern - von Ausnahmen abgesehen - nicht in der Bürgerinitiative organisiert. Sie lassen die im Verein die Politik für sich machen, solange es nicht ernst wird; aber viele lassen durchblicken, daß sie durchaus bereit sind, was zu tun, wenn es los geht. Dabei hat die Entwicklung der letzten Wochen gezeigt, daß in der konkreten Auseinandersetzung - z.B. mit dem Propagandabus der DWK (Betreiber) - die Bereitschaft der Bauern auch zum aktiven Widerstand größer ist als bei vielen Bürgern.

Die Folgeerscheinungen des Baus der Anlage, die aus dem in Hannover ausgelegten Sicherheitsbericht zu ersehen sind, führen insbesondere zur Erregung unter den Bauern. Der Plan Häuser und ganze Dörfer verschwinden zu lassen, um Güterbahnhof, Gleisanlagen und Autobahn zu bauen, ist zunächst erschreckender als die mögliche radiologische Belastung von Mensch und Natur im Umfeld der Anlage. Fremden gegenüber sind die Bauern aber eher noch skeptischer als die Bürger der kleineren Städte. In ihrer Angst und Ablehnung "Linken" gegenüber <sup>sich</sup> sie alle einig.

Kurz noch zu einer kleinen Gruppe von Leuten: die Künstler und Intellektuellen, die sich im Landkreis angesiedelt haben, um hier "in Ruhe" arbeiten zu können. Aus dieser Ruhe aufgeschreckt unterstützen viele von ihnen den Kampf gegen die WAA. Von ihnen stammt der Aufruf "Gorleben soll leben" (vgl. Anhang bzw. Frankfurter Rundschau vom 6.9.77), der sich an die linksliberale Öffentlichkeit der gesamten BRD richtet, ebenso wie der Entsorgungskalender u.ä.. Um die Bewegung im Landkreis zu unterstützen, bieten immer wieder Leute von außerhalb ihre Unterstützung an. So fand bekanntlich im Sommer ein Camp in Gartow statt. Schwierigkeiten ergaben sich für die Campteilnehmer insbesondere dadurch, daß der KB vergeblich versuchte, die Entwicklung des Camps zu bestimmen und durch seine Einschätzung der BI (Arbeiterkampf 107) die ortsansässigen BI-Mitglieder verärgerte. Dieses Vorgehen des KB bestärkte die Angst vor Kommunisten und führte dazu, daß die Arbeit des Sommercamps nur langsam anlaufen konnte. Einen gewissen Erfolg brachte der Ernteeinsatz von Campteilnehmern, durch den Kontakte zu Bauern geschaffen wurden. Eine Reihe von Teilnehmern aus dem Sommerlager sucht jetzt nach geeigneten Ferienwohnungen im Landkreis, um regelmäßig wiederkommen und mitarbeiten zu können. In Berlin, Frankfurt und Köln haben sich sogenannte "Freundeskreise" gebildet, die ihre Aufgabe ähnlich definieren wie die Emigrantengruppe. Ein erstes Treffen dieser Freundeskreise und der Emigrantengruppe hat Ende Oktober im Landkreis stattgefunden. Wünschenswert wäre wenn sich auch in den anderen Städten der BRD solche Freundeskreise bilden würden,

da Hilfe von außerhalb einerseits unerlässlich ist, nicht gut durchdachte Aktionen, "leicht nach hinten losgehen können" (Bauer K.)  
jedoch

Fachspezifische Zuarbeit von außen ist für die BI insbesondere wichtig, wie sie z.B. vom Freundeskreis Berlin in Bezug auf die Bohrungen geleistet worden ist. (Auszüge davon auf S.2 des Flugblattes im Anhang) In Hinblick auf die Gutachten und für die Öffentlichkeitsarbeit sind Untersuchungen im Landkreis unbedingt erforderlich, die die BI allein nicht erstellen oder bezahlen kann. Eine wichtige Aufgabe für die Gegner der WAA innerhalb und außerhalb des Landkreises schien bislang die Verhinderung der Probebohrungen. Obwohl Albrecht versprochen hatte, Bohrungen, nicht vor 2 Jahren zuzulassen, richtete man sich im Landkreis auf einen früheren Termin ein. Die Entwicklung der letzten Zeit lassen jedoch vermuten, daß Albrecht vielleicht sein Versprechen halten kann, wenn nämlich nur 'geologische Voruntersuchungen' oder ähnliches als notwendig erachtet wird, um weitere Kernkraftwerke zu bauen. Diese Voruntersuchungen werden wohl nur von den Bewohnern des Landkreises zu verhindern sein, da sie jeweils nur sehr kurz sind und mit wenig Aufwand durchgeführt werden können (vgl. S.2 des Flugblattes im Anhang) Rechtlich sieht es dann auch schlecht aus für die Bauern, denn für diese Untersuchungen besteht nur eine Mitteilungspflicht, während für Probebohrungen das Einverständnis des Besitzers oder eine Enteignung notwendig sind. Unterstützung braucht die BI augenblicklich insbesondere für die Erhaltung des Spielplatzes, der im Laufe des Jahres auf dem vorgesehenen Baugelände entstanden ist. Die BI hat die Aufforderung erhalten, den Spielplatz zu räumen. Während Teile der BI bereit sind, dieser Aufforderung nachzukommen, ist die Mehrheit dafür, den Platz auf keinen Fall freiwillig zu räumen. Der Spielplatz ist wegen seiner besonderen Bedeutung mit einem Preis bedacht worden: dem roten Elefanten. Die Preisverleihung soll am 27.11. ab 11 Uhr auf dem Spielplatz stattfinden und durch verschiedenen Aktionen wird unterstrichen werden, daß der Spielplatz nicht geräumt wird. Wichtig ist, daß am 27. 11. möglichst viele Leute auf dem Platz sind. Man kann auch im November noch Bäume pflanzen!



KONTAKTADRESSE der Emigrantengruppe: Rämmig 4398087

treffen des freundschaftskreises gartow-gorleben

am 3/4.11.77 trafen sich in gorleben leute aus dem ehemaligen sommercamp. es fand eine veranstaltung statt, auf der der film "im norden gibts ein schönes kand" gezeigt wurde, und es fand ein gespräch zwischen den örtlichen bauern mit eingeladenen landwirten aus der wilster-marsch statt, an dem etwa 150 personen teilnahmen. vor dem werbebus der dwk (deutsche gesellschaft zur wiederaufbereitung von kernbrennstoff) ist freitag nacht ein fuder mist abgeladen worden.

rahlstedt-meiendorf sandra hh 73 gerstenkoppel 6e tel.6780725  
treff: mi 19.00 gerstenkoppel 6e

rissen c.schunemann hh 55 wittsallee 13

rotherbaum leanne tel.452949  
treff: di 20.00 kinderladen rutschbahn 8

sanigruppe ökologieladen hh 19 lutterrothstr. 33 tel.402782  
treff: mo 20.00 brauerhaus/uke

schülergruppe oldenfelde tobias tel.6781886

schulterblatt erich tel.418553/wiebke köster hh 19 bellealliance-  
str. 52 tel.432756 treff: mi 19.00 bierhaus schulterblatt

st.georg bernd löwe/jörg hh 1 böckmannstr.55 tel.247690  
treff: mo 19.00 gustav-radbruch-haus/borgfelderstr.16  
zentraler büchertischl

st.pauli petra hh 4 budapesterstr. 51 tel.434654  
treff: mo 19.00 "ratsherren-stuben" wohlwillstr./paulinenplatz

schnelsen irene witte hh 61 vielohweg 54 5502574

walddörfer tel. 6048200/6049952  
treff: mo 19.00 begegnungstätte bergstedter kirchenstr.

wandsbek-jo tel. 2004450 treff: mi 19.30 grunewaldstr. 28

steilshoop thies gleiss 6316062 (keine bi, einzelperson, die  
unterrichtet werden möchte!)

wandsbeker aufbaugruppe (provisorium, ex.-wandsbek-hamm, u. predöhl,  
hh 70, walddörferstr. 127, tel. 6957633

winterhude wolf lüders tel.2290742  
treff: mo 19.00 preystuben gertigstr.

## PROZESSE

### Entwendung des Katastrophenplans des AKW' Fessenheim

Ein Mitglied der Gewaltfreien Aktionen Freiburg wurde wegen der Entwendung des Katastrophenplans für das AKW Fessenheim als Zeuge vernommen. "Zur Erzwingung des Zeugnisses" wurde gegen ihn ein Ordnungsgeld vom DM 400,--, ersatzweise 16 Tage Haft, festgesetzt. Diese Summe kann bei Weigerung der Zeugenaussage erhöht werden. Bis jetzt hat er sich geweigert, dieses Geld zu bezahlen.

Kontakt: Gewaltfreie Aktion Freiburg, c/o E. Hermann, Schillerstr. 10, 7800 Freiburg/Breisgau, Tel.: 0761/77953.

### brokdorf

vor dem prozeß, um den baustop stellte der ak brokdorf genehmigte stellvor-schilder auf, um die öffentlichkeit auf den prozeß in schleswig aufmerksam zu machen. die schilder wurden mit draht an straßenlaternen befestigt. eines morgens wurden polizisten beobachtet, wie sie die schilder entfernten. der ak brokdorf hat strafanzeige gegen die polizisten gestellt.

der folgende artikel ist ein aufsatz des bielefelder richters helmut ostermeier

### die rechtsslage beim bau von kernkraftwerken

der kampf gegen die kernkraftwerke (kkw) internationalisiert sich. gleichwohl ist ein blick auf die nationale rechtsslage erforderlich. sie ist nicht nur für laufende verfahren wichtig, sondern ihre klare erkenntnis bestimmt das rechts- und unrechtsbewußtsein aller beteiligten auch bei zukünftigen aktionen. daß der staat, nachdem er eingegriffen hat, wie selbstverständlich das recht für sich beansprucht, kann kein präjudiz sein, denn spätestens seit dem naziregime wissen wir endgültig, daß auch der staat im unrecht sein kann. zwar wird kein staat das jemals zugeben, im gegenteil, je mehr er sich dem unrecht nähert, umso lauter und aufdringlicher wird er sich rechtsstaat nennen. aber selbst das lauteste geschrei um den rechtsstaat kann eine prüfung der rechtsgrundlagen nicht ersetzen.

### der tatbestand

ich zähle nur diejenigen folgen des kkw-baus auf, die unbestritten oder unbestreitbar sind. jedes kkw ist ein nicht rückgängig zu machender eingriff in die landschaft. das kkw hat eine lebensdauer von einigen jahrzehnten. danach bleibt es als radioaktive ruine stehen, die nicht abgebrochen werden kann und scharf bewacht werden muß. in niedereichbach besitzen wir bereits eine solche ruine.

die wiederaufbereitung (wa) verbrauchter brennstoffe ist technisch noch nicht gelöst. die anlage in la hague in der normandie hat noch nie über längere zeit störungsfrei gearbeitet, ihre kapazität reicht für die in frankreich und deutschland geplanten anlagen nicht aus. bei der wa fällt in größeren mengen plutonium an, aus dem atombomben gebaut werden können.

im falle eines schweren unfalls muß mit dem unbewohnbarwerden ganzer landstriche durch atomare verseuchung - beispiel die katastrophe von tscheljabinsk in sibirien 1957, bei der abgelagerter atommüll explodierte - und dem tod von zehntausenden von menschen gerechnet werden.

für die großen mengen radioaktiven abfalls, die auch bei störungsfreiem betrieb anfallen, ist das lagerungsproblem ungelöst. dieser abfall behält - wie die ruinen - seine strahlungskraft über tausende von jahren. die erdbebensicherheit der salzstöcke ist nicht nachgewiesen. auch hier ist scharfe bewachung erforderlich. scharf bewacht werden müssen schließlich alle transporte von brenn- und abfallstoffen, die weite entfernungen zu überbrücken haben - beispielsweise nach la hague und zurück. auch bei transporten ist mit unfällen zu rechnen.

### die rechtsgrundlagen

eingriffe also in die natürliche landschaft, gefährdung des lebens von zehntausenden und die bewohnbarkeit von landstrichen - und das in dem dicht besiedelten mitteleuropa! belastung ungeborener menschengeschlechter mit strahlenden ruinen und abfällen - man stelle sich vor, die ägyptischen pyramiden seien radioaktiv (was würden wir von den ägyptern sagen, wenn sie damit eine "energielücke" von 30 jahren hätten schließen wollen?) - start ins blaue ungesicherte wa-verfahren und hohe transportrisiken: wo finden sich die rechtsgrundlagen für solche schweren und irreparablen eingriffe?

es werden zwei rechtspositionen angeführt, die sich ergänzen: das eigentum und die öffentlich-rechtliche genehmigung (örg). das eigentum ist ein anerkanntes recht, nach dem bürgerlichen recht ist es frei, nach dem grundgesetz (gg) ist es sozial gebunden: es verpflichtet und sein gebrauch soll zugleich dem wohl der allgmeinheit dienen (art. 14 ab. 2 gg). sobald das allgmeinwohl nicht mehr als floskel, sondern ernst genommen wird, kann es keinem zweifel unterliegen, daß die nutzung eines grundstücks zur errichtung von kkw und wa-anlagen (waa) nicht zulässig ist: sie verstößt gegen die sollvorschrift der verfassung, denn eine schwere

DGB

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Kreis Frankfurt a. M.

DGB Kreis Frankfurt a. M., 8 Frankfurt a. M., Wilh.-Laufer-Str. 0877

Formular-Nr.: 20 00 81 - 08

An die  
IG's und Gewerkschaften  
im DGB-Kreis Frankfurt/M.

Eingegang

11. AUG. 1977

Ablage:

Belegverbindung:  
Büro für Gemeinwirtschaft AB  
Frankfurt/M. Konto-Nr. 103220200  
Postfachkonto Frankfurt/10330

Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom Unser Zeichen 0000 Frankfurt a. M., Wilh.-Laufer-Str. 0877  
10. August 1977

Betreff: Bürgerinitiativen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Der DGB-Landesbezirk Hessen führt im Moment eine Erhebung zu oben angegebenen Betreff durch. Hiermit bitten wir Euch, uns Informationen zu folgenden Fragen zukommen zu lassen:

1. Welche Wirkung hatten bisher Bürgerinitiativen in Eurem Bereich?
2. Welche Mittel und Taktiken haben die Bürgerinitiativen dabei verwendet?
3. Gibt es Kontakte oder Differenzen von Euch (Betrieben, Betriebsräten) zu Bürgerinitiativen?
4. Sind politische Hintergründe oder Verbindungen, Beziehungen, Bündnisse bekannt?
5. Gibt es Anschriften von Personen oder Büros solcher Initiativen?
6. Beteiligen sich Gewerkschaftsmitglieder an diesen Initiativen, wenn ja in welchem Umfang?

Wir bitten um Beantwortung dieser Fragen, möglichst bis zum 15.9.77.  
Über die Auswertung werden wir Euch informieren.

Mit freundlichen Grüßen  
DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND  
- Kreis Frankfurt am Main -

H. Schwarz

alternativ-energie gerd heubel tel.457374

altona peter dickel hh 50 eifflerstr. 22 tel.454397  
treff: mi 19.30 "blaue blume" harkortstr.

altona-ottensen louis hh 50 arnoldstr. 23 tel.397521  
treff: so 19.00 "motte" ecke eulenstr./rotheistr.

arbeitskreis gegen akw harburg peter tel.7654099  
treff: fr 19.00 johannismgemeinde bremerstr.15

bergedorf shorts tel.7214744  
treff: mo 19.00 hh 80 easy

blankenese-osdorf evelyn dunkrack hh 55 immenbusch 70  
treff: mi 19.30 gemeindehaus osdorf am osdorfer born 3b

bi lüchow-dannenberg wolf römmig tel. priv.564166 laden 4398087

bramfeld-ost j.roß hh 76 eilmann 81 tel.2005242  
treff: mi 19.00 "wappen von hamburg" steilshoperallee

eimsbüttel-hoheluft andreas tel.4911542  
treff: di 19.30 studentenwohnheim unnastr.9

eimsbüttel-methfessel ch. schatz hh6 schulterblatt 12 tel.4300824  
treff: mo 19.30 kutscherkrug lappenbergsallee/methfesselstr.

eimsbüttel-osterstr. j.paul hh 6 schäferkampsallee 45 tel.410841

eppendorf walter knolle tel.484231 treff: mi 19.45  
neues grenzhaus geschwisterscholl-str./süderfeldstr.

eppendorferweg/osterstr. woelling hohe weide 5 tel.402363  
treff: mo 20.00 schulterblatt 12

ermittlungsausschuß ökologieladen hh 19 lutterrothstr.33  
tel.402782 treff: so 19.30 "blaue blume" harkortstr.

fachbereich medizin t.cramer hh 54 schillingsbekkanal tel.5604174/  
i.möller kragenkamp 9 treff im semester: fr 18.00 brauerhaus/uke

gewerkschaftsinitiative jörg schierenbeck hh 6 neuer kamp 1  
tel.433624 treff: mi 19.00 gesellschaftshaus kleiner schäferkamp

hansa-kolleg detlef tel.5360944 treff: do 19.00

info-gruppe barmbek matias tel.2791085 treff: mo 20.00

innenstadt-neustadt henning hh 36 st.anscharplatz 4 tel.343426  
treff: fr 19.00 im laden brüderstr. 14 tel.340458

kirchliche mitarbeiter/gewaltfreie aktion  
treff: mi 19.00 rauhes haus horner weg 166

kkw-contra gerda bohme 2081 bönnigstedt heimatweg 7 tel.5566481

langenhorn michael rendsbürgerstr.9 tel.3194721  
treff: mi 19.30 studentenwohnheim kiwittsmoor 39

mundsburg michael haller hh 76 lerchenfeld 2 tel.2281458

norderstedt jürgen 2369 ulzburg-süd meisenweg 12 tel.04193/6270  
treff: mi 20.00 schalom u-garstedt

prozessgruppe gegen akw ökologieladen hh 19 lutterrothstr.33  
tel.402782

## KONTAKTE BUU - HAMBURG

### liste von stadtteilgruppen der buu-hamburg

freier zusammenschluß autonomer und gleichberechtigter gruppen

ak politische ökologie,ökologieladen hh 19 lutterrothstr. 33  
tel. 402782

anti-akw-gruppe esg klaus leseemann hh 54 pflugacker 38  
tel.577449 treff: mi 19.00 esg

alt-eimsbüttel wofgang nicolai hh 19 eichenstr. 48  
tel.407342



## Was tun im Katastrophenfall?

Am 27. 8. 77 wandten sich 2.673 Ärzte aus dem Freiburger Raum mit einer Zeitungsanzeige an die Öffentlichkeit. In einer "Ärztlichen Stellungnahme zum KKW Fessenheim" schreiben sie zur Inbetriebnahme des 20 km von Freiburg entfernten, auf französischer Seite gelegenen Atomkraftwerks: "Wir sehen uns im Fall eines kerntechnischen Unfalls außerstande, unserer ärztlichen Verpflichtung auf Hilfeleistung nachzukommen. Wir erhielten bisher keinerlei Richtlinien für Hilfsmöglichkeiten im Katastrophenfall." Nachdem sie eine Reihe von für den Katastrophenfall im KKW unbedingt notwendigen Vorsorgeeinrichtungen und Maßnahmen für Ärzte und Krankenhäuser aufzählen, schreiben sie weiter: "Auch bei bestmöglicher Durchführung aller erwähnten Maßnahmen erscheint im Katastrophenfall eine wirksame Hilfe äußerst zweifelhaft... Die durch das KKW Fessenheim aufgeworfenen Probleme weisen erneut auf die dringliche moralische Frage hin, ob die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen schwerwiegende gesundheitliche Gefährdung der jetzigen und aller kommenden Generationen (Atommüll) rechtfertigt. Wir meinen NEIN!"

Eine ähnliche Erklärung veröffentlichten kürzlich 670 Lehrer aus dem südbadischen Raum in der 'Badischen Zeitung' vom 15. 10. 77. Auch in Schulen sei kein ausreichender Schutz vor radioaktiver Verseuchung im Katastrophenfall gewährleistet.

Diese eigenständigen Initiativen von Ärzten und Lehrern, die in Baden sehr großes Aufsehen erregten, haben den dortigen Bürgerinitiativen einen sehr großen Dienst erwiesen. Das Beispiel sollte Schule machen.

Weitere Informationen und Kontakt: Arbeitskreis-Umwelt  
Jacob-Kaiser-Str. 20  
4800 Bielefeld 1

--

## Malville

Am 26. September 1977 wurden die letzten drei Gefangenen, die im Zusammenhang der großen Demonstration in Malville verurteilt worden waren, aus dem Gefängnis entlassen. Die zwei deutschen AKW-Gegner wurden sofort in die BRD abgeschoben mit totalem Wiedereinreiseverbot.

Vor der Entlassung fanden einige Protestaktionen gegen die Gefangennahme statt:

- ein Brandanschlag auf das Büro der 'Regie Electrique' der Stadt Grenoble.
- riesige Parolen auf den Gefängnismauern: "les prisons pour les patrons, pour nous c'est la répression" und "nucléaire non! non!"
- Transparente an Luftballons vor den Gefängnismauern während des Hofgangs der Gefangenen.

(aus "Was wir wollen")

--

## Malville

Auf der "Brüter"-Baustelle arbeiten meist ausländische Arbeiter aus Spanien, Portugal und Algerien. Die schlechten Arbeitsbedingungen hatten schon im Februar d. J. zum Streik geführt. Danach wurde ein Stillhalteabkommen bis Juli d. J. zwischen Gewerkschaften und Unternehmern geschlossen. Die Unternehmen nahmen nicht die vereinbarten neuen Verhandlungen mit den Gewerkschaften auf.

Ab Oktober streiken die Arbeiter des Subunternehmers Fongerollon. Ihre Forderungen: 10% Lohnhöhung, Prämienhöhung, Transport mit Bussen, gesetzlich verankerte Freistunden für Gewerkschaftsinfo. Die Unternehmen antworteten mit Strafanzeigen und Ausweisungsforderungen. Die Arbeiter haben angekündigt, unter allen Umständen ihre Forderungen aufrechtzuerhalten.

(aus "Was wir wollen")

## Berlin

Die "Initiative gegen das 'Einheitliche Polizeigesetz'", Berlin (Kontaktadresse: Clemens Rothkegel, Ehrenbergstr. 31, 1000 Berlin 33), schickten uns unter dem 31. 10. d. J. folgenden Rundbrief, den wir - aus Platzgründen auszugsweise - abdrucken.

"Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde! Wie Sie sicherlich auch aus Presse, Rundfunk und Fernsehen erfahren haben, wollen die Länderinnenminister auf ihrer Sitzung am 25. 11. 77 den Musterentwurf für ein "Einheitliches Polizeigesetz" endgültig verabschieden. Der derzeitige Vors. der Länderinnenministerkonferenz, der Innenminister von NRW, Burkhardt Hirsch (FDP), dazu: "So eine Chance wie jetzt kommt in den ganzen nächsten Jahren nicht wieder!"

In mehreren westdeutschen Städten (wie z. B. Bochum, Essen, Mannheim, Biedigheim b. Stuttgart, Hamburg, Hannover u. a.) arbeiten bereits Initiativen und Gruppen gegen das geplante "Einheitliche Polizeigesetz", den Todesschuß und Polizeiübergriffe. So waren zur Podiumsdiskussion unserer Initiative am 28. 9. 77 zum Verbot der Chemischen Keule Vertreter mehrerer Gruppen aus Westdeutschland gekommen, die ein Interesse an engerer Zusammenarbeit zum Ausdruck brachten. Wir begrüßen es darum, daß in den nächsten Wochen in mehreren westdeutschen Städten (Mainz, Bochum, Warendorf) Podiumsdiskussionen zum "Einheitlichen Polizeigesetz" und ähnlichen Fragen stattfinden werden.

Ausgehend vom Wunsch nach engerer Zusammenarbeit und die aktuelle Situation und Planung der Regierung vor Augen, beschloß das Plenum der Westberliner Initiative, unverzüglich alle Schritte einzuleiten für eine engere Zusammenarbeit. Für Westberlin beschlossen wir, eine Aktionswoche vom 21. - 26. 11. durchzuführen, um eine breite Öffentlichkeit auf den drohenden Polizeistaat, der durch das "Einheitliche Polizeigesetz" eine gesetzliche Grundlage finden soll, aufmerksam zu machen. Die ersten Schritte zur Durchführung dieser Aktionswoche sind bereits erfolgt: Am Samstag, dem 29. 10., trafen sich Vertreter von 14 Gruppen und Bürgerinitiativen auf Einladung der Initiative. Die Initiative würde es außerordentlich begrüßen, wenn zur gleichen Zeit in Westdeutschland ähnliche Aktivitäten gegen den drohenden Polizeistaat entfaltet werden könnten, um gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD und Westberlin wirksam zu protestieren.

Wir schlagen deshalb ein kurzes Treffen von Delegierten und Vertretern der Bürgerinitiativen, Gruppen u. Organisationen vor, um gemeinsame Absprachen u. Koordinationen der verschiedenen Aktivitäten zu diskutieren.

Termin: So., 13. 11. 77, 10.30 Uhr. Ort: PH-Dortmund (der genaue Raum wird am Eingang Emilfiggestr. angeschlagen).

## hungerstreik:

hartmut gründler, bensberg, hat am 5.11.77 einen hungerstreik gegen das atomenergieprogramm der bundesregierung begonnen. er führt schon seit etlichen jahren den kampf gegen das atomprogramm. gründe: 1.) um auf einen notstand hinzuweisen, der widerstand nach art.20 grundgesetz erfordert - seit spätestens dem sep.71 schon;  
2.) um einen hauptverantwortlichen zur rede zu stellen;  
3.) um für eine demokratische kontrolle über die regierenden einzutreten;

- 4.) um das ergebnis eines experimentes mit der wahrheit dokumentarisch genau zu erhärten;
- 5.) um ein ende mit der entehrung durch phrase und lüge zu machen;
- 6.) um einen hauptverantwortlichen der atomaren lüge gelegenheit für die wende zur wahrheit zu geben;
- 7.) um den anschaungsunterricht durch eine jähe atomare katastrophe womöglich noch zuvorkommen.

### Gerstheim

Französische und deutsche Umweltschützer gaben den seit Januar 1976 besetzten Platz in Gerstheim auf, auf dem ein AKW geplant ist, nachdem die französische Elektrizitätsgesellschaft EDF den über 80 Meter hohen Mast demontiert hat, der zur Wetterbeobachtung diente.

(aus "Was wir wollen")

### noch zur kalkar-demo vom 24.9.77

die in zeeven ( bei siltensen ) beschlagnahmten sachen sind jetzt in hamburg 13, bundesstr.45 ( alte kaserne ) abzuholen. es liegen dort noch eine menge sachen ( helme, schilde, transparentstangen, usw.). anmeldung telefonisch unter folg.nr. 5115091 app.5213 oder 5343. vergeßt nicht eure beschlagnahmebescheinigung. die in der raststätte münsterland sichergestellten sachen kann man über folgende adresse wiederbekommen, vorausgesetzt, ihr schickt eure sicherstellungsbescheinigung dorthin. ermittlungsausschuß des aku-münster jens renner, hornstr.30 4400 münster, tel. 0251/56669. von dort gelangen dann die hamburger sachen in das kb-büro in der schlüterstr.4 tel. 4105673.

### das einsehen des sicherheitsberichts für die waa gorleben in hannover

der sicherheitsbericht lag im niedersächsischen sozialministerium in hannover aus. als ich mich beim pförtner meldete, wurde ich von ihm an einen eigens dafür bereitgestellten polizisten mit funkgerät "weitergereicht" dieser legte mir ein papier zur unterschrift vor, auf dem ich namen, adresse und personalausweis-nummer angeben mußte und zur kenntnis nehmen mußte, daß es sich um eine vorläufige auslegung handelt, daß der bericht nicht vollständig ist und daß die einsichtnahme nicht zu einsprüchen gegen die waa berechtigt, sondern erst die offizielle auslegung im rahmen des einwendungsverfahrens erfolgt usw. die personalien wurden von dem polizisten überprüft. danach wurden wir (4 leute) von einem anderen herrn abgeholt und in das zimmer gebracht, wo der bericht auslag. kopieren, fotografieren und das wörtliche abschreiben ganzer passagen war untersagt. nach ca. 1 stunde (11 uhr) kam ein fünfter leser dazu, wenig später kam jemand rein und fragte, ob denn jemand, der sich nicht ausweisen kann, hereingelassen werden darf. das war nicht gestattet und er fragte auch gleich, ob noch zwei leute reindürften, da er gehört hätte, daß max. 5 personen zugelassen sind. das konnte der anwesende aufsichtsbeamte nicht beantworten und fragte bei drei vorgesetzten nach, bis der dritte ihm sagte, daß es nicht erlaubt ist, mehr als fünf leute einsehen zu lassen. die leute wurden weggeschickt.

der sicherheitsbericht selbst zeichnet sich vor allem durch umfang aus. aufeinandergelegt ergeben die ordner einen stapel von ca. 70 cm höhe. der inhalt besteht hauptsächlich aus äußerst langatmigen schilderungen schilderungen der gebäude und der 'konventionellen' arbeitsvorgänge. wo es um die heiklen atomtechnischen fragen wie kryptonzurückhaltung, jodzurückhaltung und verglasung und endlagerung des hochaktiven mülls handelt, findet man entweder die lapi-

direkte aussage, die probleme seien gelöst, oder nur sehr oberflächliche angaben über das verfahren ohne daß die schwierigkeiten benannt werden.

der tüv scheint ähnlicher meinung zu sein, denn wir haben informationen, wonach der tüv den sicherheitsbericht ebenfalls als ungenügend zurückgewiesen hat.

punkt 13.00 uhr war feierabend und wir wurden hinausgebeten.

### Bericht BI-Eimsbüttel-Hoheluft

in den letzten wochen waren unsere bi-sitzungen so ziemlich beschissen. zwar wurde wochenlang immer die notwendigkeit des praktischen handelns betont, aber niemand sah sich in der lage, vorschläge für den weiteren praktischen kampf gegen akw's zu machen.

nach der total in die büx gegangenen sitzung von vor 2 wochen, setzten sich einige leute aus unserer bi zusammen und erarbeiteten einen aktionsvorschlag für unser weiteres handeln.

auf der letzten sitzung kamen wir zu folgenden beschlüssen:

1. am 27.11. soll eine veranstaltung zu den grohnde-prozessen stattfinden. vorher wollen wir eine protest-fackeldemonstration gegen die kriminalisierung organisieren.
2. ca.4 wochen später soll eine veranstaltung unter dem thema "der kampf gegen das atomprogramm und die reaktion von akw-betreibern und staat (brokdorf-prozess, waa, kriminalisierung, k-gruppenverbot etc.)"
3. ausarbeitung eines theaterstücks zur frage der kriminalisierung.
4. vorbereitung einer ausstellung zum bisherigen kampf gegen akw's ende januar.

weiterhin sind wir daran gegangen kneipenagitationstrupps ca. 3 frau/mann zu organisieren. wir wollen außerdem eine dokumentation in arbeit nehmen, wo wir auf grundlage der parteitagsbeschlüsse die stellung der bürgerlichen parteien zum atomprogramm auseinandernehmen wollen.

so, dies haben wir erst mal beschlossen. nächste woche wollen wir noch weitere dinge beraten. in dieser diskussion sind wir zu der auffassung gelangt, daß wir diese ganzen sachen nicht alleine machen wollen. wir werden deshalb in alle eimsbüttler bi's gehen, um zu einem gemeinsamen handeln zu kommen.

TREFF: buu-eimsbüttel-hoheluft, studentenwohnheim unnastr. dienstag 19.30 im keller

### Schikanen der Polizei am Infostand (BUU-Rahlstedt/Meiendorf, 5.11.)

unser Infostand am 5.11. wurde nun erstmals von den bullen kontrolliert. die sache spielte sich ungefähr wie folgt ab: kaum hatten wir den stand aufgebaut, erschienen 2 bullen und forderten die genehmigung. merklich "enttäuscht", daß diese in korrekter form vorlag, suchten sie nach anderen gründen für ein einschreiten. wir dürften keine sachen am stand verkaufen. wir machten klar, daß wir das auch nicht tun, sondern das material gegen spenden verrechnen. (längere diskussion), notierung der personalien eines gruppenmitglieds usw. schließlich beanstandeten sie ein plakat (auf dem brokdorfpollies im einsatz abgebildet waren), zogen aber zunächst ab. eine halbe stunden später: 3 bullen halten in der nähe, 2 (andere) bullen kommen zum stand, der eine stellt sich als chef der "zentrale ost" (!) vor, fragt, ob er sich das plakat ansehen dürfe. er durfte. nach einigem gemaschel und funkrücksprachen mit wer weiß wem zogen die bullen dann endgültig ab. wir meinen, daß auch derartige "kleine" schikanen nicht unter den tisch fallen dürfen. wir bitten alle anti-akw-gruppen, die ähnliches erlebt haben, kurze berichte zu schreiben und diese an den Ermittlungsausschuß oder aber an unsere gruppe zu schicken. sollten sich solche vorfälle häufen, werden uns die berichte helfen, die lage richtig einzuschätzen und uns dagegen zu wehren.

2. Wenn man glaubt, die Wahlen zu brauchen, um von den Regierungsmedien verhetzte Menschen zu gewinnen, dann macht man sich bei diesen Leuten lieb Kind, indem man sich über eine Wahlbeteiligung als im legalen, staatlich erlaubten Rahmen agierend darstellt - und muß sich, dieser Logik zufolge, natürlich z.B. von den Grohnde-Angeklagten distanzieren.

Man kann Menschen nicht hintenherum über eine falsche Sache (Wahlen) für eine richtige Politik (eigenständige, praktische Aktionen) gewinnen.

Wenn sich die AKW-Bewegung über eigene Listen zur Wahl aufstellt, dann gibt sie das auf, was bisher unsere Stärke war und unsere Stärke für die Zukunft sein wird:

autonome Strukturen, eigenständiges selbstverantwortliches Handeln;-die Möglichkeit für jeden Einzelnen, sich seinen Fähigkeiten und besonderen Interessen entsprechend am Kampf gegen AKWs zu beteiligen;-unsere Aktionen danach zu bestimmen was wir für notwendig halten, und nicht danach, was im herrschenden Sinne legal ist

zugunsten einer Struktur, deren Wesen es ausmacht,

- daß Interessen delegiert werden
- daß der einzelne Mensch nur als Stimmvieh von Bedeutung ist
- daß Entscheidungen nicht auf der Grundlage einer bestimmten Notwendigkeit gefällt werden, sondern nach machtpolitischen Gesichtspunkten
- daß Minoritäten nicht mehr die Möglichkeiten belassen werden, einfach auszuprobieren was sie für richtig halten und aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen dann vielleicht zu einer Korrektur ihrer Vorstellungen zu kommen (nur so ist es nämlich einen Kampf weiterzuentwickeln, der von jedem Einzelnen persönliche, praktische Initiative erfordert!).

\* möglich

Diejenigen, die eine Wahlbeteiligung propagieren, haben damit begonnen, unseren Widerstand auf eine administrative Ebene zu verlagern - weg von praktischen Aktionen.

Das ist keine Antwort auf die zunehmende Kriminalisierung und Erschwerung unserer Arbeit, sondern ein Rückzug.

Wir wollen keine Mitbestimmung am Bau von AKWs, sondern wir müssen verhindern, daß weitere gebaut und in Betrieb genommen werden, und erreichen, daß schon laufende AKWs stillgelegt werden.

Es ist ein schon oft formuliertes Ziel der Bundesregierung, die Bürgerinitiativen als eigenständige Kraft zu eliminieren und in die bestehenden parlamentarischen Strukturen einzugliedern.

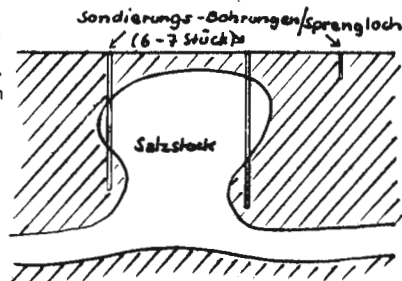
AK Politische Ökologie  
2 HH 19 Lutherothstr. 33 (Laden)  
Tel. 040/40 27 82

## Einiges zu den Bohrarbeiten im Gorlebener Salzstock

Die Norddeutsche Tiefebene ist geologisch ganz gut erforscht, in der Regel im Rahmen der Erdöl- und Erdgas-Erkundung. D.h. man weiß, wo Salzstöcke sind, aus welcher Tiefe sie nach oben gedrückt wurden und welche Ausdehnung sie haben.

Was man nicht weiß, ist ihre genaue Form (Querschnitte, Höhenlinien...), eventuelle Einschlüsse im Salz, die Beschaffenheit des Salzes usw..

Um das herauszukriegen, muß man sog. Sondierbohrungen anlegen. Die haben ca. 10 cm Durchmesser und können innerhalb von 14 Tagen mit einem mobilen Bohrgestät - etwa mit einem schweren Mobil-Kran vergleichbar - niedergebracht werden. Bei dieser Bohrung werden aus verschiedenen Tiefen Gesteins- und Salzproben entnommen. Für eine Erkundung des Salzstockes sind etwa 6 - 7 solcher Bohrungen notwendig.



An den bisher geplanten Standorten (Unterlüß, Lichtenmoor, Aschendorf) für eine Wiederaufbereitungsanlage ist lediglich in Unterlüß eine einzige solche Bohrung durchgeführt worden.

Um die räumliche Ausdehnung des Salzstockes genau herauszufinden, sind seismische Untersuchungen notwendig. Dazu werden an der Erdoberfläche Sprenglöcher gebohrt (5 - 10m tief), in denen Sprengladungen (500-1000 g) gezündet werden. In die Sondierbohrungen werden Mikrofone gehängt, die die durch die Sprengungen ausgelösten Schallwellen registrieren. Das ganze wird mehrere Male hintereinander gemacht, wobei die Mikrofone in verschiedenen Tiefen hängen.

Aufgrund dieser Untersuchungen kann dann entschieden werden, ob sich der Salzstock für die Endlagerung eignet, an welchen Stellen wieviele Kavernen für Lagerung angelegt werden können usw.. Aus den Salzproben können die Daten für eine Festlegung des Ausspülungsverfahrens zur Schaffung der Kavernen gewonnen werden. D.h. die konkrete Planung für den Bau und den stufenweisen Ausbau der Endlagerungs-Stätte kann dann beginnen.

Es wäre möglich, daß man auf die Sondierbohrungen in der oben dargestellten Form verzichtet, weil die Konturen des Salzstockes bereits bekannt sind, z.B. aus der Erdöl- oder Erdgaserkundung in früherer Zeit. Schon vor ungefähr 15 Jahren gab es bei uns Bohrungen, interessanterweise fällt der Zeitpunkt mit den Plänen zusammen, Atomkraftwerke zu bauen. Ein anderer Grund wäre, daß man aus Zeitgründen auf diese Untersuchungen verzichtet und/ oder weil man den Salzstock für groß genug hält, daß man sicher sein kann, immer genügend von Rand entfernt zu sein.

Die Mitte Oktober 77 beantragten Probebohrungen sollen Tiefbohrungen möglicherweise bis auf 5000 m sein. Solche Bohrungen erfordern schweres Bohrgestät, wie es z.B. auch für Erdölbohrungen verwendet wird (Bohrtürme). Gebohrt wird wahrscheinlich mit 20 cm Durchmesser. Sollte an dieser Stelle der Schacht geplant sein, wird eine Schacht-Bohrung niedergebracht (Durchmesser 3 - 6 Meter).

**!** In der Diskussion waren bisher immer die Probebohrungen. Jetzt ist aber damit zu rechnen, daß diese erst später erfolgen. Der Weiterbau von Atomkraftwerken soll nach dem Beschluß des FDP-Parteitag (und eventuell auch des SPD-Parteitag) schon dann genehmigt werden, wenn "erste positive Ergebnisse von geologischen Untersuchungen zum Nachweis der Eignung des Standorts für die Endlagerung radioaktiver Abfälle" vorliegen!

## Ernst aber nicht hoffnungslos

Sehr ernst, aber nicht hoffnungslos ist nun die Lage um das geplante gefährliche Atomprojekt im abgebrannten Wald vor Trebel. Ernst, aber nicht hoffnungslos ist nun die Lage um die geplante gefährliche Plutoniumfabrik über dem

## Salzstock Gorleben!

Ministerpräsident Ernst Albrecht prüft die Unterlagen der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung hochradioaktiver Kernbrennstoffe. Die Materie ist schwierig, voller Probleme, undurchsichtig.

## Klar ist

1. Nirgendwo in der Welt funktioniert die großtechnische Wiederaufbereitung hochradioaktiver Brennstoffe.
2. Niemand weiß sicher, wie sich hochradioaktiver Atom Müll Jahrzehnte, Jahrhunderte, Jahrtausende in Salzstöcken verhalten wird.
3. Unerforscht sind mögliche Tiefenströmungen der Elbe um den Salzstock. Durch Erdkrustenbewegungen hervorgerufene Risse ermöglichen ein Eindringen des Wassers in den Salzstock. Eine Verbindung von Grundwasser und hochradioaktiven Abfällen hätte aber verheerende Folgen. Salzstöcke sind wie Gletscher mobil. Sie wandern aufwärts. Hätte man zum Beispiel vor 1000 oder mehr Jahren Abfälle im Lüneburger Salzstock gelagert, dann wären diese schon mit Grundwasser in Berührung gekommen.

Ministerpräsident Albrecht kennt diese Gründe für unser NEIN zur Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie. Er verspricht:

"Keine Kompromisse in Fragen der Sicherheit".

## Trotzdem

## Die Bohr- und Meßtruppe rüsten sich

Bohrtruppe lösen die genannten Probleme nicht. In ihrer Arbeit sehen wir den Baubeginn.

Dagegen wehren wir uns!

Wir wollen weder Plutoniumfabrik noch Atommülllager. Wir wollen weder Stachel-draht noch Sperrgebiet. Wir wollen hier leben!

## Die Lage ist ernst aber nicht hoffnungslos, wenn wir gemeinsam handeln.

Bürgerinitiative Umweltschutz  
Lüchow-Dannenberg

Auflage: 8.000  
Erscheinungsdatum: 12.11.77

Verantwortlich

M. Fritzen  
Waldwinkel 1,  
Kolborn